

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Rates
vom 18.10.2018**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 23:00 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

Einwohnerfragestunde

Vors. Leefers eröffnet um 19:45 Uhr die Ratssitzung.

Ein Einwohner fragt, wann denn endlich der Umbau der IGS in der Ahe abgeschlossen sei. Er sei Anwohner und es sei ärgerlich, dass der Fertigstellungstermin immer nach hinten verschoben werde. Eine Fertigstellung bis zu den Sommerferien sei versprochen gewesen.

Bgm Weber antwortet, dass der Bau der IGS an dem Standort „In der Ahe“ fertiggestellt sei. Allerdings sei der Schulhof und die Fahrradständer noch im Umbau. Diese Maßnahme werde, leider bis ins Frühjahr hinein, ausgeführt werden.

Der Einwohner fragt, warum der fertige Schulhof denn überhaupt überarbeitet werden müsste. Es koste ein „Schweinegeld“ und fragt, ob Rotenburg so viel Geld habe, dass man es „mit vollen Händen“ ausgeben könne.

Bgm Weber antwortet, dass der Schulhof insbesondere wegen der Entwässerung überarbeitet werden musste. Damit werde zudem auch der Kanal der anliegenden Straße, in der der Einwohner wohne, entlastet.

Vors. Leefers weist die Zuhörer/innen, aufgrund von Applausen für die Äußerung des Einwohners, daraufhin, dass Zuspruchs- oder Missfallensbekundungen nach der Geschäftsordnung nicht erlaubt sind und zu unterbleiben haben.

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen
Ladung und der Beschlussfähigkeit**

VorlNr.

Vors. Leefers eröffnet um 20:00 Uhr die Ratssitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit.

Beschluss:

Der Rat genehmigt einstimmig die vorliegende Tagesordnung.

Herr David hält folgende Rede:

„Sehr geehrte Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte kurz ein paar Zahlen zum Geschäftsjahr 2017 vorstellen und einen kurzen Tätigkeitsbericht über unsere Arbeit im vergangenen Jahr geben, sagen was aktuell ist und einen Ausblick geben. Die Ziele der Stadtwerke Rotenburg sind eine sichere, zuverlässige und umweltfreundliche Wasser- und Energieversorgung bei günstigen Preisen. Dabei versuchen wir die Energiewende vor Ort im Rahmen des kommunalen Klimaschutzes voranzutreiben und bemühen uns die Attraktivität unseres Erlebnisbades „Ronolulu“ weiterhin zu sichern und auszubauen. Und wir wollen mit all unseren Aktivitäten dazu beitragen, den Bürgern einen Nutzen zu bringen und die Wirtschaftskraft unserer Stadt zu stärken. Das Jahresergebnis 2017 der Stadtwerke Rotenburg kann man als zufriedenstellend bezeichnen. Der Gewinn beträgt rund 2,77 Mio. € bei im Vergleich mit anderen Unternehmen - günstigen Preisen für Strom, Gas und Wasser. Davon sollen auf Empfehlung des Aufsichtsrates 1,4 Mio. € an die Stadt ausgeschüttet werden und der Rest von rund 1,37 Mio. € zur Stärkung des Eigenkapitals den Rücklagen zugeführt werden. Zusätzlich zum Gewinn erhält die Stadt rund 900.000 € Konzessionsabgabe, den vollen Verlustausgleich des Erlebnisbades Ronolulu und die Gewerbesteuer, die wir als Energieversorger vor Ort an die Stadt zahlen. Somit ergibt sich ein Vorteil von insgesamt rund 4 Mio. € für die Stadt. In 2017 flossen rund 108 Mio. kWh Strom durch das Netz der Stadtwerke. Davon gingen 84 Mio. kWh an Stadtwerke-Kunden. Der Rest an Kunden fremder Lieferanten. Beim Gas wurden im Geschäftsjahr 2017 398 Mio. kWh durch unsere Leitungen transportiert. Davon haben wir direkt 301 Mio. kWh an Stadtwerkekunden geliefert. Im Wasserbereich ist der Absatz mit 1,1 Mio. m³ weitgehend stabil geblieben. Das wird sich aufgrund der Trockenheit in diesem Jahr ändern. Das letzte Jahr war zu kalt und zu nass. Auch in 2017 wurde die Wärmeversorgung weiter ausgebaut. In diesem Bereich bieten sich die größten Möglichkeiten, kosteneffizient und zügig Energieeinsparungen und CO₂-Emissionsminderungen zu realisieren. Die Wärmeabgabe ist um über 6% gestiegen und betrug 27,7 GWh. Im Ronolulu sind die Besucherzahlen in 2017 mit rund 231.700 Besuchern um 6 % auf den niedrigsten Stand gesunken. Dies war insbesondere dem schlechten Wetter im Sommer letztes Jahr – zu kalt und viel Regen – und dem langen Ausfall der Sauna aufgrund eines Wasserschadens geschuldet. Die Bilanzsumme bleibt mit 44,7 Mio. € auf Vorjahresniveau. Wir haben im vergangenen Jahr 2 Mio. € investiert in die Energieeffizienz, die Versorgungssicherheit, in die Versorgungsnetze sowie den Betrieb und die Attraktivität des Ronolulu investiert. Uns ist es wichtig, dass das Geld, das wir ausgeben möglichst den Rotenburger Betrieben zufließt. Daher tätigen wir hier vor Ort den größten Teil unserer Investitionen und Ausgaben und so fließen diese in den Wirtschaftskreislauf Rotenburgs. Davon profitieren letzten Endes die Bürger und die gesamte Stadt, das Handwerk und Rotenburger Firmen. Die Versorgungssicherheit, die die Stadtwerke gewährleistet, kann sich ebenfalls sehen lassen. In Rotenburg war im vergangenen Jahr jeder Kunde durchschnittlich lediglich 7,3 Minuten ohne Strom, deutschlandweit betrug die Aus-

falldauer immerhin über 15,14 Minuten. Die Stadtwerke haben auch in 2017 wieder Vereine, Einrichtungen und Veranstaltungen im Bereich des Sports, der Jugendarbeit, Kultur, Umwelt und des Naturschutzes unterstützt. Dafür wurden insgesamt nahezu 100.000 € aufgewendet. Wir sehen dies als Auftrag, damit Maßnahmen und Veranstaltungen, die das Gemeinwohl und die gesellschaftliche Entwicklung fördern, auch stattfinden können. Wir haben auch im vergangenen Jahr wieder Rotenburger Zehner im Wert von rund 120.000 € als Treuegutschein an unsere Stromkunden ausgegeben, die in rund 120 Rotenburger Geschäften eingelöst werden können. Diese Maßnahme freut unsere Kunden und unterstützt die lokalen Betriebe in Rotenburg, die die Gutscheine entgegennehmen. Mit diesem Treuegutschein sorgen wir dafür, dass dieses Geld auch in Rotenburg ausgegeben wird. Das Gleiche gilt im Übrigen auch in Visselhövede, wo wir ca. 30.000 € in Form des Vissel-Zehners an unsere Kunden ausgegeben haben. In 2017 haben die Stadtwerke insgesamt 4 Blockheizkraftwerk (BHKW)-Projekten umgesetzt, im Kindergarten Lönsweg, Lebenshilfe Brockeler Straße, Theodor-Heuss-Schule, und beim Klärwerk. Ein besonders großes Projekt war die Sanierung der Sauna nach einem Wasserschaden im Ronolulu. Die Gesamtkosten für die Sanierung betragen jahresübergreifend eine knappe Million Euro. Weiterhin haben wir im vergangenen Jahr mit der Inbetriebnahme einer neuen Netzleitstelle ein sehr umfangreiches Projekt abgeschlossen, das als Nervenzentrale unserer Versorgungsnetze zur Versorgungssicherheit beiträgt. Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle auf die Gefahren hingewiesen, die unser Trinkwasser bedrohen. Neben dem Fracking sind das die landwirtschaftlichen Nitratbelastungen. Gemeinsam mit dem Wasserversorgungsverband Rotenburg-Land bieten wir in diesem Rahmen über die Landberatung den Landwirten im Wasserschutzgebiet eine kostenlose Beratung zur Durchführung einer schonenden Bodenbewirtschaftung an. Ziel ist es dabei, die landwirtschaftlichen Nitratbelastungen zu reduzieren. Unser Trinkwasser hat noch eine Topqualität. Sämtliche Schadstoffe sind entweder nicht nachweisbar oder weit unter den Richtlinien. Aber: das Trinkwasser im Wasserschutzgebiet muss für die kommenden Generationen geschützt werden. Der Schutz muss für immer und ewig bestehen, daher müssen alle Protagonisten gemeinsam hart daran arbeiten, die Nitratreinträge weiterhin deutlich zu reduzieren. Wir werden das mit aller Konsequenz weiterverfolgen. Im Bereich des kommunalen Klimaschutzes haben wir im vergangenen Jahr wieder diverse Maßnahmen umgesetzt. Im vergangenen Jahr haben wir wie gesagt 4 neue BHKW errichtet, sodass wir mittlerweile 26 BHKW-Anlagen und 11 Photovoltaik-Anlagen betreiben. Für Stadtwerke unserer Größenordnung sind das bemerkenswert viele Anlagen. Durch den Einsatz von BHKW lässt sich am kosteneffizientesten CO₂ einsparen. Wenn sich der Stadt oder Investoren eine Gelegenheit bietet, wäre es sinnvoll sich für eine energetische Quartierslösung zu entscheiden. Mittlerweile betreiben wir 6 Quartiersprojekte, im vergangenen Jahr war eins dazu gekommen. Hier gibt es noch Luft nach oben. Wir bauen gerade im Neubaugebiet in Waffensen eine Nahwärmeversorgung auf und werden das auch im Neubaugebiet in der Brockeler Straße im kommenden Jahr tun. Aber auch wenn größere Wohn- und Geschäftskomplexe errichtet werden, sind BHKW-Lösungen aus Sicht der CO₂-Reduktion sinnvoll. So freuen wir uns, dass sich im vergangenen Jahr die Lebenshilfe in der Harburger Straße und in diesem Jahr der Gebäudekomplex Am Pferdemarkt, inkl. Bürgersaal, Hotel, Wohnungen und Praxen zu dieser Energieversorgung entschlossen haben. Aber bei den übrigen Wohn- und Geschäftskomplexen, die in Rotenburg wie Pilze aus dem Boden zu schießen scheinen, überwiegt die Tendenz zu Standard-Lösungen bei der Wärmeversorgung – die nicht schlecht, aber aus Sicht der CO₂-Vermeidungsstrategie suboptimal sind. Mit der BHKW-Technik und dem dazugehörigen Service der Stadtwerke wird eine umweltschonende Energieversorgung aufgebaut, die nachhaltig wirkt. Im Interesse von Rotenburg erhoffe ich mir hier zukünftig eine stärkere Sensibilisierung der Bauherren. Wir arbeiten da-

ran. Wir hatten als Ziel ausgegeben, mit unseren eigenen Stromerzeugungsanlagen bis 2020 50% der Strommenge, die wir in Rotenburg an Tarifikunden liefern, selbst umweltschonend zu erzeugen. Das haben wir bereits Ende 2017 erreicht. Als neues Zwischenziel haben wir uns für 2025 jetzt 80 % gesetzt. 2030 wollen wir dann 100% erreicht haben. Die LED-Umstellung der Straßenbeleuchtung ist weitestgehend abgeschlossen. Bis auf einige Straßenlampen mit besonderen Formen, die jedoch schon mit Energiesparlampen ausgerüstet sind, ist die Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen umgerüstet. Dadurch sparen wir rund 70% Energie und CO₂. Neben der Energiewende steht der Verkehrssektor vor einem Umbruch. Ob die E-Mobilität den Verbrennungsmotor vollständig verdrängen wird, sei dahingestellt. Ich habe schon im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht ein Mix aus Antriebsenergien sinnvoller ist. Nur auf die Stromkarte als Heilsbringer zusetzen ist etwas naiv und einfältig. E-Mobilität für den Stadtverkehr, LNG (Flüssiggas)-Antriebe für den Schwerlastverkehr sowie erdgas- bzw. wasserstoffbetriebene PKW. Nichts desto trotz muss man mit dem Aufbau der Infrastruktur für neue Antriebe beginnen. Eine Erdgastankstelle betreiben wir schon seit 16 Jahren. Dort kann man - wenn man den Energieinhalt umrechnet – für 65 Cent pro Liter tanken. Erdgas ist günstig und die Erdgastankstelle bietet für die Zukunft die Option synthetisches, aus Überschussstrom erzeugtes Gas oder Wasserstoff anzubieten. Um ausreichende Ladepunkte für Stromautos vorzuhalten, haben wir vor kurzem die vierte Elektroladesäule in Rotenburg in Betrieb genommen. Die Stromnachfrage ist aber zurzeit noch sehr dürftig. Experten gehen davon aus, dass ohnehin fast alle Ladevorgänge zu Hause erfolgen werden. Daher bieten wir jetzt auch Ladeboxen für den privaten Haushalt und für das Gewerbe an. Dieses Produkt haben wir gemeinsam mit unserem Nachbarstadtwerk aus Zeven entwickelt. Im Rahmen des kommunalen Klimaschutzes haben wir mit den Stadtwerken Zeven zudem einen Ökofonds eingerichtet, mit dem Projekte, die den ökologischen Zustand verbessern, dem Klimaschutz dienen und dem Gemeinwohl zu Gute kommen mit insgesamt 40.000 € unterstützen. Bewerben können sich Bürger, Vereine, kommunale Trägerschaften und Einrichtungen, aber auch Initiativen. Die Zusammenarbeit mit den Zevener Kollegen geschieht unter der wortspielrischen Kampagne ZERO als Abkürzung für die Stadtwerke **Z**even und **R**otenburg, aber auch unter der Prämisse, im Energiebereich mit unseren Maßnahmen und Projekten, die wir umsetzen, irgendwann Null (Zero) Emissionen zu erreichen. Eine weitere Energiedienstleistung, die wir unseren Kunden anbieten, ist das „Lichtcontracting“. Dabei rüsten die Stadtwerke die Beleuchtungsanlage unserer Kunden auf sparsame LED-Technik um. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dabei Einsparungen von rund 50 % erzielt werden. Wie geht es preislich in 2019 weiter? Der Strompreis setzt sich mittlerweile neben der obligatorischen Umsatzsteuer aus sieben Abgaben und Umlagen zusammen. Die EEG-Umlage wird sinken, dafür steigt aber wiederum in ungefähr gleicher Höhe die Offshore-Netzumlage. Wie gewonnen, so zerronnen, möchte man sagen. Der staatliche Anteil an dem Strompreis beträgt mittlerweile rund 57 %. Netzentgelte und der Strompreis an der Börse weisen zudem auch noch eine steigende Tendenz auf. Der Bundesrechnungshof hat kürzlich einen Sonderbericht zur Energiewende veröffentlicht und dabei der Bundesregierung ein völliges Missmanagement bei der Energiewende vorgeworfen. Fazit: Der Umbau der Energieversorgung kostet zwar viel Geld, bringt aber wenig. In den vergangenen fünf Jahren betragen die Ausgaben 160 Mrd. €, wobei der Ausstoß an Klimaabgasen nicht sinken. Die CO₂-Emissionen sind immer noch auf dem Stand von 2009, obwohl sich der Ausbau der Wind- und Solaranlagen in dieser Zeit mehr als verdoppelt hat. Außerdem kritisiert der Rechnungshof die ineffektive, komplizierte und unabgestimmte bürokratische Umsetzung der Energiewende. Es gibt 26 Gesetze und 33 Verordnungen mit kleinteiligen Regelungen und hohem Detaillierungsgrad. Die derzeitige Förderung und Finanzierung über die EEG-Umlage und alle anderen Umlagen muss

überarbeitet werden. Der Bundesrechnungshof empfiehlt als Alternative eine allgemeine CO₂-Bepreisung. Die Stadtwerke würden es begrüßen, wenn die Förderung auf ein wirksames Steuerungssystem, dass sich an den CO₂-Emissionen orientiert, umgestellt würde. Das Fördersystem müsste vollkommen umgekrempelt werden bei gleichzeitiger Entlastung der Kunden. Für viele Kunden befindet sich die Belastung schon jetzt an der Schmerzgrenze. Der Strompreis hat sich seit 2001 um 108% erhöht – insbesondere getrieben von staatlichen Umlagen - während sich im gleichen Zeitraum der Verbraucherindex lediglich um 25% erhöht hat. Wir haben die höchsten Strompreise in Europa. Noch können wir keine Aussage treffen, wie sich unser Strompreis entwickeln wird, da noch nicht alle staatlichen Abgaben und Umlagen die im nächsten Jahr einzutreiben sind, vorliegen. Seit gut einem Jahr kennen alle Energiepreise nur noch eine Richtung, und zwar nach oben. Leitenergie ist dabei immer noch der Ölpreis, der im vergangenen Jahr um 40% gestiegen ist. Inwiefern sich das auf den Gaspreis auswirkt, können wir noch nicht sagen. Zum 1. Januar 2019 werden die Stadtwerke Rotenburg Grundversorger im Strom in der Stadt Visselhövede. Das bedeutet, dass wir der größte Stromversorger sind und somit die Pflicht haben, den Tarifkunden in Visselhövede die Stromversorgung anzubieten. Damit haben wir in nur 8 Jahren seit wir die Energiebelieferung dort aufgenommen haben, es in Visselhövede geschafft, bei der Strom- und Gasversorgung Ansprechpartner Nummer 1 zu werden und den bisherigen Stammversorger, die E.ON Deutschland, aus dieser Position verdrängt. Das ist einzigartig. Im Gas waren wir ja bereits vor 3 Jahren Grundversorger geworden. Das hat uns sehr gefreut und wir bedanken uns bei den Visselhöveder Kunden, dass sie uns das Vertrauen geschenkt haben. Vielleicht zeigt das aber auch, dass wir mit unserem Service, den Produkten und der Qualität unserer Arbeit nicht so ganz verkehrt liegen. Wir haben im Verlauf diesen Jahres die Gesellschaftsanteile der Flugplatz Rotenburg (Wümme) GmbH vollständig übernommen. Wir haben einen Flugplatzbeirat ins Leben gerufen, in dem die erforderlichen Maßnahmen besprochen werden. Erste Schritte sind umgesetzt worden. Herr Werner Meyer hat als Geschäftsführer den Übergang konstruktiv mitgestaltet und arbeitet zurzeit seinen Nachfolger ein, der zum 1. November die Geschäftsführung übernehmen wird. Hierzu gibt es in der nächsten Woche ein Pressegespräch. Wir haben die Ziele für den Flugplatz formuliert und wollen diese mit Augenmaß weiterentwickeln. Ich möchte mich abschließend beim Aufsichtsrat, beim Stadtrat und bei der Stadtverwaltung für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Der Dank der Geschäftsführung richtet sich natürlich auch an die Mitarbeiter der Stadtwerke Rotenburg, ohne deren täglicher Einsatz eine sichere, serviceorientierte, umweltfreundliche und preisgünstige Wasser- und Energieversorgung in Rotenburg nicht möglich wäre. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Bgm Weber bedankt sich bei Herrn David und den Mitarbeiter/innen für die hervorragende Arbeit der Stadtwerke. Die Stadtwerke seien auf dem richtigen Weg im Klimaschutz, beim Erhalt des sauberen Trinkwassers und der Unterstützung der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung Rotenburgs. Er stellt den Beschlussvorschlag vor und bittet um Zustimmung. Insbesondere für die positive Umgestaltung des Flugplatzes sei er sehr dankbar, denn dies sei auch der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rotenburg zuträglich. Die Stadt Rotenburg könne stolz auf ihre Tochtergesellschaft sein.

RH Gori bedankt sich für seine Fraktion bei Herrn David und bei den Mitarbeiter/innen der Stadtwerke. Er halte es für erfreulich, dass die Stadtwerke in Visselhövede erfolgreich seien und bedankt sich ebenfalls für die monetären Mittel und die Unterstützung die die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH der Stadt zukommen lasse.

RH Bargfrede betont, dass er als Aufsichtsratsmitglied erfreut über die gute Wirtschaftsprüfung gewesen sei. Die Stadtwerke seien, insbesondere im Vergleich mit benachbarten Stadtwerken, ausgezeichnet aufgestellt. Er bedankt sich im Namen der Fraktion CDU/Freie Wähler bei Herrn David und den Mitarbeiter/innen der Stadtwerke.

BG Bassen bedankt sich als Aufsichtsratsvorsitzende ebenfalls bei Herrn David und den Mitarbeiter/innen der Stadtwerke und äußert, dass sie sich immer sehr gut informiert gefühlt habe.

RH Schenckenberg schließt sich dem Dank an Herrn David und den Mitarbeiter/innen der Stadtwerke im Namen der WIR/FDP-Arbeitsgruppe an und legt Wert zu sagen, dass die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH insbesondere für das Handwerk wichtig sei und die Wirtschaft gut unterstützte.

RH von Hoyningen-Huene schließt sich dem Dank der Vorredner/innen im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen an. Er lobt insbesondere die sehr erfreuliche Aufnahmebereitschaft der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH für Vorschläge in Umweltfragen.

Herr David zitiert den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Ich freu mich über das Lob, obwohl es mir manchmal eine Nummer zu hoch vorkommt, aber gehört habe ich es trotzdem gerne.“

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) weist die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH einstimmig an, folgenden Beschluss zu fassen:

Aufgrund des Geschäftsberichts 2017 und der am 03.05.2018 festgestellten Richtigkeit des Jahresabschlusses der BPW Treuhand GmbH, Bünde, wird der Jahresabschluss 2017 mit einer Bilanzsumme von 44.700.007,36 € festgestellt.

Vom Jahresüberschuss in Höhe von 2.773.616,95 € ist ein Betrag von 1.400.000 € an die Stadt Rotenburg (Wümme) auszuschütten. Der verbleibende Betrag von 1.373.616,95 € wird zur Stärkung des Eigenkapitals der Gewinnrücklage zugeführt.

TOP 4 Änderung der Satzung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH

VorlNr.
0421/2016-2021

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig, die Satzung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH in der Fassung vom 14.06.2018 insoweit zu ändern, als dass unter § 10 Abs. 2 (Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates) die Ladungsfrist auf mindestens eine Woche verkürzt wird und beauftragt die Gesellschafterversammlung, diese Satzungsänderung zu beschließen.

TOP 5 Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH für das Geschäftsjahr 2017

VorlNr.
0423/2016-2021

Vors. Leefers übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an stellv. Ratsvorsitzende Berg.

An der Abstimmung nahmen RH Hoyningen-Huene, Vors. Leefers, RH Schwedesky, BG Holsten, BG Kohlmeyer, BG Bassen, RF Grafe und RF Kettenburg nicht teil.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) weist die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH bei einer Enthaltung einstimmig an, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und dem Geschäftsführer der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) wird für das Geschäftsjahr 2017 aufgrund des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der BPW Treuhand GmbH, Bünde, vom 03.05.2018 Entlastung erteilt.

Nach der Abstimmung übernimmt Vors. Leefers wieder den Vorsitz der Ratssitzung.

TOP 6 Errichtung einer Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Rotenburg zum Schuljahresbeginn 2020/2021

VorlNr.
0448/2016-2021

Bgm Weber hält folgende Rede:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, liebe Ratsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere oben auf der Galerie, die Sie alle mit einem großen Interesse über die Weiterentwicklung der Rotenburger Bildungslandschaft zu unserer heutigen Ratssitzung gekommen sind. Es geht in diesem so wichtigen Tagesordnungspunkt, ich glaube sogar der wichtigste Tagesordnungspunkt, der heute zu entscheiden ist, den wir in den vergangenen vier Jahren auf der Tagesordnung gehabt haben. Es geht um die Entscheidung über die Einrichtung einer Oberstufe an unserer Integrierten Gesamtschule in Rotenburg 2020/2021. Hierzu muss ein Antrag bis zum 01.12.2018 an die Landesschulbehörde gestellt werden, damit wir die dafür nötigen Vorbereitungen in räumlicher und pädagogischer Hinsicht treffen können. Mit der Bedeutung dieser Entscheidung möchte ich noch einmal, und hoffentlich das letzte Mal dieses tun müssen, auf die außerordentlich große Bedeutung für die Weiterentwicklung unserer Gesamtschule hinweisen, die neben den Grundschulen in unserer Trägerschaft ist, wir daher für diese Schule verantwortlich sind. Dazu muss ich zunächst auf die geschichtliche Entwicklung kurz eingehen. Die Stadt Rotenburg hatte schon seit jeher die Trägerschaft für die Haupt- und für die Realschule übertragen bekommen und trug daher für diese beiden Schulformen der Sekundarstufe I die Verantwortung. Da die Hauptschule immer weniger Schüler hatte (die Schülerzahlen sind beispielsweise von 2004 mit 356 Schülern auf 210 Schülerinnen im Jahr 2013 gesunken), wurde schon in der damaligen Hauptverantwortung der CDU beschlossen, dass die Haupt- und Realschule zusammengelegt werden sollte. Dabei stand die Entscheidung an, ob daraus eine Oberschule mit ausschließlich Haupt- und Realschule oder eine Gesamtschule (kooperative oder integrative Gesamtschule) entstehen sollte. Im Oktober 2009 beschloss der Rat damals die Errichtung einer integrierten Gesamtschule, weil nur in dieser Schulform ein gemeinschaftliches Lernen in der Klasse, der gymnasialen Schüler, der Realschüler und der Hauptschüler in einer Klasse möglich sind. Die Oberstufe war damals auch schon ein Thema, dass auch im Schulausschuss des Landkreises am 23.11.2011 positiv für die Einführung von zusätzlichen Oberstufen zum vorhandenen Oberstufenangebot gestimmt wurde. Im Mai 2013 wurde schließlich der Antrag auf Einführung einer IGS in Rotenburg gestellt. Dieser kann zunächst nur bis zur 10. Klasse gestellt werden, weil dann erst das Aufwachsen der Schule bis zum Antrag auf Einrichtung einer Oberstufe gestellt werden kann. Einige von Ihnen waren daher vermutlich auch der Auffassung gewesen, dass ausschließlich bis zur 10. Klasse eine IGS eingerichtet werden sollte. Ein Blick ins Gesetzbuch, nämlich § 12 des Landesschulgesetzes hätte darüber Aufklärung gegeben, dass eine IGS von der Klasse 5-13 im Normalfall besteht. Es gibt

Ausnahmen in Niedersachsen, wo integrierte Gesamtschulen zu klein für eine eigene Oberstufe sind, die dann mit anderen Gesamtschulen und ausschließlich mit Gesamtschulen zusammenarbeiten, indem die Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe dorthin wechseln. Wegen der unterschiedlichen pädagogischen Konzepte ist ein Wechseln in die Oberstufe eines Gymnasiums nicht erfolversprechen. Was in Rotenburg übrigens auch in den vergangenen Jahren bewiesen ist, da kaum Realschüler in das Gymnasium zur Ablegung des Abiturs gewechselt sind. Im Jahr 2014 sind wir also mit dem ersten Jahrgang 5 in der IGS gestartet und haben Jahr für Jahr mit Um- und Neubaumaßnahmen mittlerweile einen guten Stand der Klassen 5-9 erreicht. Die Klassen der 8. und 9. Klassenstufe sind gerade fertig geworden so dass wir dort einen guten Stand erreicht haben, mit Klassen, die Inklusion und differenzierte Unterrichtsgestaltung zulassen. Herzlichen Dank, Ihnen allen, dass Sie dafür die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt haben.

Nun befinden wir uns an der Stelle in unserem gemeinsamen Projekt, wo wir den Antrag an die Landesschulbehörde für die Realisierung der Oberstufe stellen dürfen, weil der erste Jahrgang der IGS die Klasse 9 erreicht hat. Zu diesem Zeitpunkt muss die dauerhafte Leistungsfähigkeit festgestellt werden, damit eine einzurichtende Oberstufe auch dauerhaft mindestens eine 3-Zügigkeit mit jeweils 18 Schülern, das heißt also mit 54 SchülerInnen insgesamt pro Jahrgang unterrichtet werden können, die den entsprechenden Leistungsstand einer erweiterten Beschulung (sog. E-Kurse) haben.

Zusätzlich ist festzustellen, ob die Schule dieses auch will, ob die Eltern dieses wollen und der Schulträger dann einen Antrag bei der Landesschulbehörde stellt. Wir haben mit der Landesschulbehörde die Thematik erörtert und die festzustellenden Parameter festgelegt, die übrigens selbstverständlich davon ausgeht, dass wir den Antrag jetzt auch stellen. Denn der erforderliche Leistungsstand liegt nicht bei 54 sondern sogar bei ca. 70 geeigneten Schülerinnen in den sogenannten E-Kursen. Außerdem sind die Schülerzahlen der kommenden Jahre, entgegen der Prognosen der letzten Jahre, wieder zunehmend, was in Rotenburg durch die Feststellung der zu beschulenden Kinder in dem Alter von 1-14 Jahren auch für die kommenden 14 Jahre festgestellt werden konnte. Lagen die Durchschnittszahlen bisher bei 170-180 Schülern, gehen sie in den Jahren 2021 und folgende auf 185 bis sogar 220 hoch. Diese Entwicklung entspricht auch der Erwartung aller Kultusminister in der Kultusministerkonferenz vom Mai 2018, was in der Pressemitteilung vom 4.5.2018 unter „Trendwende bei der Entwicklung der Schülerzahlen“ offiziell allen Presseorganen mitgeteilt wurde. Mit dieser Schülerzahlentwicklung in Rotenburg wird die langfristige Schüleranzahl somit für eine IGS und Oberstufe der IGS auch vorhanden sein. Weiterhin wurde der Schulvorstand nach seiner Haltung befragt, der sich einstimmig für die Einrichtung der Oberstufe ausgesprochen hat. Die Elternbefragung, die im August 2018 durchgeführt wurde, ergab eine Zustimmung von über 80% bei einer Rücklaufquote von ca. 85 %. Die Eltern gaben damit ein eindeutiges Votum der Eltern für die Einrichtung der Oberstufe an den Schulträger. Gem. § 106 des Schulgesetzes sind die Schulträger sogar verpflichtet bei Veränderungen in der Schul- und Schülerstruktur die Schulen zu verändern, anzupassen und ggf. zu erweitern. Das tun wir momentan in Rotenburg (Wümme). Dazu bedarf es nunmehr eines Antrages bei der Landesschulbehörde in Lüneburg, mit der wir schon seit Langem in engem Kontakt stehen. Diese hat schließlich zu prüfen, ob die Oberstufe der Gesamtschule und die dafür vorhandenen Zahlen eine langfristige Leistungsfähigkeit garantieren. Bei den vorhandenen Zahlen ist ein positives Ergebnis zu erwarten. Zahlreiche Bedenken sind in der Zwischenzeit formuliert worden, denen ich mit meinen folgenden Ausführungen noch gerne entgegenen möchte.

1. Rotenburg hat zwei Oberstufen und ist zu klein für eine zusätzliche Oberstufe neben dem Gymnasium.

Ähnliche Konstellationen haben wir in anderen Städten – auch in unserer Nähe, wie Osterholz-Scharmbeck oder auch in Oyten oder Lilienthal. Alle haben neben benachbarten Gymnasien wegen der erforderlichen Gesamtschulpädagogik in der Oberstufe dort eigene Oberstufen eingeführt und kooperieren als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe mit den benachbarten Gymnasien – und zwar erfolgreich, was der Vielfalt an Kurswahlmöglichkeiten in der Region sogar Vorteile gegenüber der ausschließlichen Beschulung in den Oberstufen Gymnasium und BBS ermöglicht.

2. Die benachbarten Schulen und der Landkreis seien in die Entscheidungsprozesse nicht genügend eingebunden gewesen.

Ich habe schon vor genau 2 Jahren erste Gespräche mit Frau Rehder und anschließend mit Herrn Hertz-Kleptow, die auch beide heute hier sind, geführt, in denen ich ihnen von der positiven Entwicklung unserer IGS und der bevorstehenden Beantragung der Oberstufe informiert habe. Von beiden wurde geäußert, dass durch eine 3. Oberstufe in Rotenburg die Existenz ihrer Oberstufe nicht gefährdet wäre, ggf. weniger Wahlmöglichkeiten verbleiben würden, die aber mit einer Kooperation in Spezialkursen ohne weiteres ausgeglichen werden könnte.

3. Informationsveranstaltungen wurden von der BBS, vom Ratsgymnasium zu ihren Oberstufen veranstaltet, auch wir haben im Ratssaal am 1. Juni 2017 eine Informationsveranstaltung zur IGS in Osterholz-Scharmbeck mit der Schulleiterin Inge Kerlinski veranstaltet, in der auch Schüler ihrer Schule zu Wort gekommen sind. Der Neutralität halber haben wir sogar die BBS- und Ratsgymnasiumsschulleitungen die Vorzüge Ihrer Oberstufen und Befürchtungen Ihrerseits zu Worte kommen lassen, damit sich alle Ratsmitglieder und weitere Interessierte ein gutes Bild machen konnten, was die Unterschiede in der Pädagogik dieser Schulen ausmacht.
4. Schließlich habe ich auch wieder den Landkreis als Schulträger und die Schulleitungen der BBS und RG über die weiteren Planungsschritte informiert.
5. In allen Gesprächen habe ich gemeinsam mit Herrn Thiemer die Bedeutung und die guten Leistungen der benachbarten Schulen formuliert und betont.

Zahlreiche Störungen haben unseren Entwicklungsprozess beeinträchtigt, wodurch nicht nur Sie, sehr geehrte Ratsmitglieder, stark in ihrer Meinungsfindung beeinflusst worden sind, sondern auch das Rotenburger Wirtschaftsforum und auch die Kreishandwerkerschaft sich genötigt gefühlt hatte, sich gegen eine Oberstufe an der IGS auszusprechen. Diese Störungen waren fast ausschließlich dem Agitieren eines ehemaligen Oberstufenleiters des Ratsgymnasiums zuzuordnen, der entgegen unserer Absprachen mit den benachbarten Schulleitungen jede Gelegenheit genutzt hat, die Einführung einer Oberstufe an der IGS zu untergraben. Mit Flugblättern, mit Leserbriefen, die sich zum Schluss sogar im Vorwurf der „Bösartigkeit“ in den Formulierungen einer ehemaligen Dezernentin der Landesschulbehörde steigerte, in „die IGS-Oberstufe ist unnötig wie ein Kropf“, sie bedeutet ein finanzielles Harakiri für die Stadt, eine völlig verfehlt und ideologisch verblendete Bildungspolitik. Dazu als direkte Antworten:

1. Die IGS-Oberstufe ist nicht überflüssig „wie ein Kropf“, sondern aus gutem Grund genauso der Regelfall nach § 12 Landesschulgesetz wie die Oberstufe des Ratsgymnasiums. Sie dient den Interessen der SchülerInnen, der Lehrerinnen, der Stadt und der Rotenburger Wirtschaft mit einer Stärkung als Wirtschaftsstandort.
2. Zum behaupteten finanziellen Harakiri: Die IGS-Oberstufe soll im A-Trakt der Realschule in der Ahe untergebracht werden, wo wir 14 Klassenräume mit ca. 65 m² Fläche haben, wo die gesamte Oberstufe mit Lehrerzimmern ohne zusätzliche Baukosten realisiert werden kann. Was sollen also solche Behauptungen „finanzielles Harakiri“? In den Vorjahren haben wir nicht einmal „finanzielles Harakiri“ gemacht. Neben den hohen Investitionen haben wir immer weiter unsere Schulden abgebaut. Dies ist belegbar, dass in der Zeit in der ich hier im Haus die Verantwortung trage, den Haushalt entlastet habe. Schließlich ist es mir auch in der Zwischenzeit seit der letzten Ratssitzung in Waffensen gelungen, das finanzielle Loch für die kommenden Haushaltsjahre weitestgehend zu schließen, dass der noch nicht ausgeglichene Haushalt kein Argument mehr gegen die IGS-Oberstufe sein kann.
3. eine völlig verfehlt und ideologisch verblendete Bildungspolitik – nein, sondern eine gut überlegte Entscheidung der Ratsmitglieder nach Besuchen von solchen integrierten Gesamtschulen beispielsweise einer ausgezeichneten Leuchtturm-IGS in Göttingen. Eine Schulform, die endlich weniger Schulabbrecher produziert und vor allem das gemeinschaftliche Lernen aller Schüler einer Altersgruppe betont, was in fortschrittlichen Ländern seit Jahrzehnten Gang und Gäbe ist. Es war schwer unsererseits auf solche polemischen Behauptungen eines Pädagogen sachlich und den Schulfrieden bewahrend zu reagieren, was aber Eltern, Lehrer, die Schulleitung und wir als Schulträger in sachlicher und stiller Form getan haben, ohne zusätzlich unnötig „Porzellan zu zerschlagen“. Selbst bei unserer Informationsveranstaltung hat der Oberstufenkoordinator noch seine Flugblätter ohne mein Wissen und hinter meinem

Rücken, nicht nur vor dem Rathauseingang an alle Besucher, sondern sogar noch im Ratssaal während der Informationsveranstaltung verteilt. Ich bin daher sehr enttäuscht darüber, dass so agitiert wurde und ihm vonseiten der Schulleitung offensichtlich kein Einhalt geboten wurde.

So ist es nicht verwunderlich, dass einige von Ihnen vielleicht in Ihrer Urteilsfindung völlig verunsichert worden sind, wenn insbesondere ein Pädagoge so argumentiert. Wir haben nun in der Schulausschusssitzung das Thema im Fachausschuss mit Fachkräften intensiv öffentlich diskutiert, wo auch Schulleitung und die Vertreterin der Lehrerschaft zu Worte gekommen sind. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die Lehrerin Anne Grube mutig und überzeugend dargelegt hat, was das pädagogische Prinzip des gemeinschaftlichen Lernens in der IGS ausmacht, dass es nicht darum geht, mehr Abiturienten zu schaffen, sondern vorrangig darum, mit den leistungsstärkeren Schülern als Unterstützung für die Lehrkräfte die leistungsschwächeren SchülerInnen zu fördern, dass möglichst allen die Möglichkeit eröffnet wird, einen Schulabschluss mit Haupt- oder Realschulabschluss zu schaffen. Allen Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit eröffnet werden, das Abitur ohne Schulwechsel und der Gefahr des Scheiterns oder Verschlechterns in ihren Leistungen an derselben Schule ablegen zu können. Wer das natürlich anders möchte, wie es im Ratsgymnasium auch so üblich ist, kann selbstverständlich einen Schulwechsel an eine andere Schule, insbesondere an die BBS, vornehmen. Schließlich wurde von ihr (nämlich von Anne Grube) auch die Situation der Lehrerinnen beleuchtet, die in einer solchen Vielfalt an Leistungsunterschieden in einer Klasse die vollsten pädagogischen Qualitäten und Aufmerksamkeit einer jeden Lehrkraft abverlangt, dass diese Lehrerinnen zwingend auch leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler in der Klasse benötigen, die sie unterstützen und dass sie ihre leistungsstarken Schülerinnen und Schüler auch in der Oberstufe als Gegenleistung bis zum Abitur fördern wollen. Sollten wir ihnen dieses heute als Schulträger verweigern, würden wir das Vertrauen der gesamten Lehrerschaft beim Einstieg in den Unterricht in der 5. Klasse total enttäuschen und unserer eigenen Schule immensen Schaden zufügen. Ihre Arbeit der letzten 4 ½ Jahre (der Lehrerinnen und Lehrer), die Schülerinnen auf dieses Ziel hin zu fördern, würde barsch vom eigenen Schulträger abgelehnt sein. Lühr Klee, als Schulleiter der Hauptschule, formulierte es auf den Punkt gebracht so, worüber auch die Presse berichtet hatte, dass man die Einführung der IGS schließlich vom Projekt betrachten müsse und nun vor Fertigstellung des Projektes beim elementaren Implementieren des Motors der IGS, das Realisieren der Oberstufe, das Projekt einfach abbricht. Das ist genauso, als wenn der Aufsichtsrat einer Herstellerfirma für Fahrzeuge (Fahrräder und Ket-Cars) bei dem sinkenden Absatz von Ket-Cars den Beschluss den zwingend notwendigen Beschluss fasst, den Fahrzeugen einen Motor zu integrieren und diese zu Automobilen zu machen. Im ersten Jahr wird dann das erste Rad mit Radaufhängung produziert, im zweiten das zweite Rad, im dritten das dritte und im vierten das vierte, im fünften werden alle zusammengefügt und mit einem Chassis, sowie zwei Sitzen versehen. Und in Rotenburg würde nun der Aufsichtsrat beschließen, doch keinen Motor in diese 5 Jahre dauernde Produktion zu stecken, sondern das Fahrzeug so – ohne Motor auf den Markt zu bringen. Wodurch das gut geplante Projekt misslingen und vermutlich auch die Firma in den Konkurs getrieben würde. So hat schließlich der Schulausschuss, die Politiker ergänzt durch die pädagogischen Fachleute, eine klare Empfehlung mit 6:4 bei zwei Enthaltungen für die Einrichtung einer IGS gegeben. Der Verwaltungsausschuss ist der Empfehlung mit einer 5:4 Mehrheit gefolgt und hat diese Empfehlung so an den Rat für heute Abend zusätzlich unterstrichen. Abschließend nur noch eine Anmerkung für das Rotenburger Wirtschaftsforum, die Sie vielleicht auch bedenken sollten: Fachkräfte, die Familien mit Kindern haben, suchen vielleicht auch bei einem Wohnungswechsel einen Standort, wo sie zwei Schulen mit unterschiedlichen Unterrichtssystemen haben, wo die eigenen Kinder von der 5. bis zur 13. Klasse unterrichtet werden können. Damit kann Rotenburg an Zugkraft gewinnen und die Rotenburger Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte besser an ihre Firma binden. Schließlich würden auch weniger Schulabbrecher produziert, was wissenschaftlich erwiesen ist, was den Fachkräftemangel auch durch die gute Ergänzung und in der Kooperation mit der BBS lindern kann. Diese Entscheidung ist eine Entscheidung für unsere Kinder in Rotenburg und zwar in jedem Jahrgang von 150 Kindern, an der IGS von über 900 Kindern, für unsere aufopferungsvoll arbeitenden LehrerInnen an der IGS, für unsere besorgten und Orientierung suchenden Eltern und für unseren Wirtschaftsstandort. Schließlich sind wir Ratsmitglieder diejenigen, die heute über das Wohl und Wehe unserer eigenen IGS entscheiden.

Daher bitte ich Sie um Zustimmung. Alles andere wäre in der Folge eine für unsere Schule fatale Kehrtwende! Helfen Sie mit, diese zu verhindern! Dankeschön.“

RF Grafe hält folgende Rede:

„Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, heute treffen wir eine zukunftsweisende Entscheidung für unser lebens- und liebenswertes Rotenburg. Unsere IGS ist auf dem Weg zu ihrer eigenen Oberstufe. In meinen Augen der richtige und konsequente Weg, denn laut Schulgesetz werden in einer Gesamtschule Schülerinnen und Schüler des 5. bis 13. Jahrgangs unterrichtet. An der Gesamtschule können alle Abschlüsse erworben werden. Das heißt also neben dem Haupt- und Realschulabschluss eben auch das Abitur. Als Schulträger der IGS Rotenburg und als gewählte Vertreter des Stadtrates Rotenburg ist es unsere Pflicht, im Sinne der Rotenburger zu handeln. Die Interessen der Landkreisschulen dürfen hier nicht im Vordergrund stehen. Unsere Schule möchte eine Oberstufe, die Eltern möchten eine Oberstufe und was am allerwichtigsten ist: „Unsere Schülerinnen und Schüler wünschen sich eine Oberstufe an der IGS“. Neben den einstimmigen Beschlüssen in allen schulinternen Gremien hat auch die Umfrage gezeigt, dass diese Oberstufe von mehr als 80% gewollt ist. Ich bin doch sehr schockiert über den Umgang miteinander in den letzten Wochen. Selbstverständlich darf jeder seine Meinung äußern, aber eben ohne dabei andere Personen persönlich anzugreifen und zu verunglimpfen. Dazu zähle ich natürlich auch Aussagen über angebliche Mailabfragen, die tatsächlich nie stattgefunden haben. Aber was mich wirklich total betroffen macht, sind die Aussagen der Freien Wähler. In der Rotenburger Kreiszeitung vom 23.08.2018 spricht sich Herr Scheunemann als Vorsitzender der Freien Wähler gegen die Oberstufe an der IGS aus. Nicht nur, dass man dort das Prinzip der IGS scheinbar überhaupt nicht verstanden hat, finde ich die folgende Begründung: (ich zitiere) „würden zudem durch zu viele Abiturienten dem Arbeitsmarkt immer mehr Handwerker, Altenpfleger und Fachkräfte in anderen Branchen fehlen.“ als absolut anmaßend. Mit welchem Recht meinen Sie über die Zukunft der Kinder entscheiden zu dürfen. Es ist unsere absolute oberste Pflicht allen Kindern die bestmögliche Schulbildung zu ermöglichen. Denn genau diese gut ausgebildeten Kinder an allen unseren Schulen sind unsere Zukunft! Unsere Stadt wächst kontinuierlich, immer neues Gewerbe siedelt sich an, daraus resultieren Arbeitsplätze. Und damit ziehen Menschen zu uns, gründen Familien, bekommen Kinder.... Aber doch nur, wenn die Rahmenbedingungen passen. Neben unseren tollen verschiedenartigen Kindergärten und Krippen, Grundschulen mit unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen ist es doch nur konsequent den Kindern und Eltern neben dem Gymnasium eine weitere durchgängige Schule anzubieten. Dieser positive Standortfaktor ist ein Pfund für Rotenburg! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nochmals im Namen der Kinder an sie appellieren. Stimmen sie der Einrichtung der Oberstufe an der IGS zu und erfüllen sie den Wunsch von mehr als 80% der Eltern und Kinder. Da es sich hier um eine so zukunftssträchtige Entscheidung handelt, bin ich der Meinung, dass jeder nach seinem Gewissen und ohne Druck abstimmen sollte und beantrage daher die geheime Abstimmung. Vielen Dank!“

RH Dr. Rinck hält folgende Rede: „Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen und liebe, zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Vielleicht einmal ein Blick auf die Zahlen vorweg. Oder fangen wir so an: Im Niedersächsischen Schulgesetz ist geregelt: „Eine IGS kann eine Oberstufe haben“. Sie kann auch ohne Oberstufe eingerichtet werden. Ist das nun ein gleichrangiges oder ein Regelausnahmeverhältnis? Da kann man sicherlich bei Betrachtung des Gesetzeswortlauts unterschiedlicher Auffassung sein. Ich denke, das entscheidende ist, wie die Praxis aussieht und da gibt es vom Kultusministerium Zahlen, Daten, Fakten zum Schuljahr 2017/2018. Dort ist zu lesen: „Es gibt in Niedersachsen 95 öffentliche Integrierte Gesamtschulen. 47 Integrierte Gesamtschulen davon führen eine gymnasiale Oberstufe.“ So ist das nachzulesen. Es ist also etwa die Hälfte der IGSSen die eine Oberstufe eingerichtet haben. Davon, dass das nun zwingend in der Praxis so sei, dass eine IGS eine Oberstufe führe, kann nach den Zahlen nicht die Rede sein. Zumal, wenn man sich anschaut, wo diese Oberstufen gebildet sind, sind sie in den bevölkerungsreichen Regionen gebildet. Das heißt Hannover, Braunschweig, da sind diese Oberstufen gebildet. Nicht so sehr auf dem Lande. Es ist richtig, dass es im Speckgürtel von Bremen das auch gibt, ja. Kann man natürlich sagen:

„Rotenburg gehört da natürlich auch dazu“. Ich würde das nicht so empfinden, aber bitte. Jedenfalls haben wir in den ländlichen Regionen das Phänomen eben eher nicht, dass eine IGS eine Oberstufe hat. Ich glaube auch, dass man hier in Rotenburg nicht über Fragen der Ideologie diskutieren sollten. Und ich meine, dass wir das als CDU auch nicht getan haben. Hier in Rotenburg geht es darum: Wie ist die Situation vor Ort? Wir haben eine zahlenmäßig beschränkte Bevölkerung. Damit auch zahlenmäßig beschränkte Schülerzahlen und wir haben eben vor Ort die komfortable Situation, dass wir zwei sehr gut funktionierende Schulen jeweils mit einer Oberstufe haben. Sie sind in Trägerschaft des Landkreises, aber die Trägerschaft spielt letztendlich keine Rolle. Entscheidet ist ja, dass die Schüler eben dort hervorragend auf das Abitur hingeführt werden. Und dadurch, dass es zwei Schulen mit etwas unterschiedlichen Ausrichtungen sind, das Ratsgymnasium auf der einen Seite, die Berufsbildenden Schulen auf der anderen Seite. In Rotenburg haben wir eben auch ein immens breites Spektrum, was durch diese Schulen bereits abgedeckt wird. Diese Schulen leisten, und ich glaube das ist wirklich allgemeiner Konsens, ganz hervorragende Arbeit und diese hervorragende Arbeit sollen sie nach dem Willen der CDU weiterhin auch leisten können. Und zwar ohne Abstriche an der Qualität. Diese Abstriche an der Qualität wären aber nach unserer festen Überzeugung zu befürchten, wenn wir jetzt noch eine dritte Oberstufe in Rotenburg implementieren würden. Die Schülerzahlen geben aus unserer Sicht diese dritte Oberstufe hier nicht her und wenn man sich die Zahlen ansieht, dann haben wir diesen Zuwachs an Schülern, der hier behauptet wird, nicht. Also ich kann den aus den Zahlen nicht herauslesen. Die Schülerzahlen pro Jahrgang haben in der Vergangenheit etwa zwischen 170 und 200 geschwankt und sie schwanken auch heute. Eben auch bei den jüngeren Jahrgängen zwei-, drei-, vierjährigen auch etwas zwischen diesen Zahlen. Wir haben einen einzigen Jahrgang der dann mal mit 220 heraussticht. Das ist richtig, aber ansonsten schwankt das Ganze zwischen 170 und 200. Da sehe ich nicht die Entwicklung die jetzt begründen könnte das wir jetzt eine dritte Oberstufe brauchen. Das ist so nicht, aus unserer Sicht. Also, wir haben hervorragende Schulen. Wir haben ja auch von der Schulleiterin des Ratsgymnasiums die deutliche Botschaft empfangen: Wenn es drei Oberstufen gibt, dann muss jede Oberstufe ein Grundangebot vorhalten, insbesondere an Leistungskursen ein Grundangebot vorhalten. Das heißt: die gängigen Leistungskurse wie Deutsch, Englisch, Geschichte... die werden und müssen überall vorgehalten werden. Wir haben gleichzeitig weniger Schüler an drei anstatt zwei Oberstufen. Hätten wir dann und damit kann man dann am Ratsgymnasium eine ganze Zahl an Kursen nicht insbesondere an Leistungskursen in den, ich sage mal, nicht ganz gängigen Fächern, kann dann nicht mehr stattfinden bzw. ist gefährdet. Wie z. B. Spanisch- und Physikleistungskursen und das wäre eine Schwächung unseres Schulstandortes bzw. auch eine Schwächung des Ratsgymnasiums. Es würde aus unserer Sicht dann auch eine Schwächung der Berufsbildenden Schulen stattfinden. Man muss ja auch sehen, dass die Schüler dann einmal auf der IGS sind und die Neigung auf der Schule zu bleiben auch da sein wird. Das wäre aus meiner Sicht auch kein fairer Wettbewerb in diesem Sinne. Insgesamt würden also die beiden anderen hervorragend funktionierenden Schulen hier aufgrund einfach unserer zahlenmäßigen Begrenztheit leiden. Das ist der wesentliche Faktor und der wesentliche Grund weswegen wir uns gegen eine zusätzliche dritte Oberstufe aussprechen. Daneben gibt es aber auch noch weitere Argumente die aus meiner Sicht nicht vom Tisch sind. Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, dass eine solche dritte Oberstufe wegen der baulichen Erweiterungsnotwendigkeit Kosten i. H. v., aus unserer Schätzung, ca. 4 bis 5 Mio. Euro verursachen wird und das Problem bei diesen Kosten ist ja, dass ich letztlich diese Räume schon habe, auch wenn es der Landkreis es ist, der sie vorhält. Diese Räume sind vorhanden und müssten nicht erweitert werden, weil wir die im Augenblick, wie gesagt, nicht diese steigenden Schülerzahlen haben. Und wenn ich jetzt weitere Räume schaffe dann habe ich auf der einen oder anderen Seite dann logischerweise einen Leerstand und dafür dann mehrere Mio. Euro auszugeben, halte ich doch für problematisch, muss ich ehrlich sagen. Gerade vor dem Hintergrund dessen, dass wir ein breites Angebot bereits vorhalten. Es ist uns dann so vorgelegt worden, dass es etwa drei bis vier Mio. Euro, je nachdem welche Ausführung man wählt, kosten wird. Das war der erste Aufschlag. Dann ist das ganze dahingehend verändert worden, dass es doch ohne Kosten möglich sei. Aufgrund der Erfahrungen aus der Vergangenheit glaube ich da daran nicht so recht. Wir haben die Situation erlebt, dass wir bei der IGS, ohne Frage, begonnen hat das Ganze unter Bürgermeister Eichinger, der sich aber auch seinerzeit einer Rot/Grünen-Mehrheit ausgesetzt

sah. Da hat das Ganze begonnen, wir hatten eine Turnhalle für 3,5 Mio. Euro, dann haben wir die fünfte und die sechste Klasse ausgebaut bzw. erweitert. Dann kam der siebte Jahrgang mit zwei Mio. Euro, dann wurde beschlossen „In der Ahe“ für die Achte bis Zehnte erheblich zu erweitern. Der Plan war, und ob er das noch ist weiß ich nicht, jeweils, seinerzeit zwei Klassenräume a 62 qm² zu einem Klassenraum, mit den „bezaubernden“ Maßen, von 7 x 18 Meter und dementsprechend über 120 qm² auszuweiten. Dadurch das natürlich zwei Klassenräume zu einem gemacht wurden hat man dann natürlich bedarf neue Klassenräume zu schaffen. Insgesamt, Hans-Günter Bargfrede hat das nachgefragt, hat die Erweiterung an Flächen für die Fünf bis Zehn, von sage und schreibe 3.000 qm², Erweiterung, zusätzliche Flächen, ohne das auch nur ein einziger Schüler mehr angekommen ist, denn die Realschule und die Hauptschule hatte genauso viele Schüler wie die IGS hat. Da hat es keine nennenswerten Steigerungen gegeben. So, und wenn sie das miterlebt haben, dann liegt die Vermutung sehr nahe, dass wenn wir für die Oberstufe an der IGS votieren würden, dass Jahr für Jahr doch festgestellt würde, dass man Erweiterungsflächen braucht und diese dann „scheibchenweise“ Jahr für Jahr doch wieder vorgenommen würde. Davon kann man durch die Erfahrungen aus der Vergangenheit wohl ausgehen. Insofern ist das Kostenargument aus meiner Sicht nicht vom Tisch. Und zum Haushalt, ich will hier keine Haushaltsrede halten, aber eine Bemerkung zum Haushalt: So wie es eben dargestellt wurde, so dass er positiv dasteht, ist es aus meiner Sicht nicht. Wer da Interesse hat, ist herzlich eingeladen dann zu weiteren Ratssitzungen, wo wir dann auch sicherlich diskutieren. Auch da können Sie sich dann ein Bild machen. Ein Drittes, was ich noch beleuchten möchte, ist die Umfrage. Eine Umfrage die stattgefunden hatte unter den Eltern der IGS-Schüler. Da sind ja immer diese Zahlen 80 und 84 % im Raum. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, sieht das so aus das wir im frischen Jahrgang 9, also der Jahrgang der jetzt gerade angefangen hat, 161 Schüler haben. Davon haben an der Fragebogenaktion 138 Schüler bzw. deren Eltern, muss man ja richtigerweise sagen, teilgenommen. So, von diesen 138 haben 99 gesagt: „Mein Kind soll, wenn es denn Abitur machen kann/will, was auch immer, eine Oberstufe an der IGS besuchen.“ 39 haben gesagt: „An einer anderen Schule beispielsweise am Ratsgymnasium, an einem anderen Gymnasium oder an der Berufsbildenden Schule“. So, nun hört sich das nach einem prima Bedarf an, aber wir müssen uns schon der Realität stellen, dass von diesen 161 Schülern auch nach der Einschätzung der IGS-Leitung nicht jeder das Abitur zu machen können. Auf dem, sogenannten „E-Niveau“, dass nach Einschätzung der IGS-Leitung zum Besuch einer Oberstufe befähigt, sind etwa 70 Schüler. 70 von 161 Schüler und wenn man sieht, dass etwa 40 Realschüler in der Vergangenheit zum Ratsgymnasium gewechselt sind und dort Abitur gemacht haben, die Oberstufe besucht haben, ist diese Zahl von knapp 70 Schüler jedenfalls nicht zu niedrig gegriffen. Wenn wir die jetzt mal nehmen, dann ist das, müssen wir eigentlich sagen das Problem ist, dass entgegen der Vorstellung der CDU, die wir auch geäußert haben, alle gefragt worden sind. Alle 161 Schülerinnen und Schüler befragt worden sind. Man hätte sich vorerst darauf beschränken können die 70 zu befragen die auf dem E-Niveau sind. Man hätte, wie wir es vorgeschlagen haben, zumindest irgendwo den Leistungsstand bei den Fragebogen auch miteinbeziehen können. Das hat man nicht getan. So, was folgt jetzt daraus? Kann man jetzt all diese Bögen zählen? Aus unserer Sicht nicht. Aus unserer Sicht ist jetzt eine Quote zu bilden und da ich nicht weiß, wer von diesen 70 Schülern, die auf dem E-Niveau sind, kann Abitur machen, muss ich statistisch gesehen annehmen, die können bei den 39 sein, die können bei den 99 sein, die können auch bei den 22 sein, die sich nicht beteiligt haben. So, und wenn ich das gleichmäßig verteile, „Klammer auf“, es gab auch durchaus einige, die mir gesagt haben, spontan, da will ich aber gar nicht „auf das Pferd“ aufspringen, die sind bei den 39, bei den 39 die gesagt haben: „Ich mach das Abitur an einer anderen Schule“ der Rest sind die, die übrigbleiben. An den Spekulationen möchte ich mich gar nicht beteiligen, aber es gab Personen die die Situation so eingeschätzt haben. Ich will damit nur sagen, wenn Sie jetzt kommen und sagen: „Die sind bestimmt bei den 99.“ Dann wäre es genau das Gegenteil davon und daher einigen wir uns genau in der Mitte. Die sind also statistisch gleichmäßig verteilt. Dann kommen im Jahrgang 9 43 Schüler raus. 43 von denen, die Interesse haben, sind dann grundsätzlich auf dem E-Niveau und damit befähigt eine Oberstufe zu besuchen. Das sind keine 54 und in den Jahrgängen danach sieht es ungünstiger aus, weil der Jahrgang 9 als Jahrgang 5 mit 128 Schülern gestartet ist. Die anderen sind alle zwischen 100 und 110 gestartet, das heißt sie sind schwächer, wachsen natürlich auch bis zur 9, dann aber werden natürlich nicht diese

Zahlen erreichen. Das heißt es wird noch weniger. Also Fazit: Die Befragung hat ergeben, dass der Bedarf auch nicht da ist. Meine Damen und Herren ich komme zum Ende. Ich freue mich, dass Sie anhand dieser Ratssitzung einmal erleben konnten, wie es hier so zugeht. Da freu ich mich sehr drüber und sie können davon ausgehen, das war durchaus exemplarisch. Vielen Dank!“

BG Kohlmeyer hält folgende Rede: „Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Verwaltung, Ratskollegen, Besucher und Gäste, sowie Vertreter der Presse. Die heutige Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen und es ist auch keine Entscheidung die Herr Schwedesky, Herr Schenckenberg und ich privat getroffen haben, nein, sondern eine Entscheidung der Mehrheit unserer Wegbereiter, Unterstützer und Kollegen. In den letzten Wochen haben wir uns sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und stundenlange Gespräche geführt, u. a. mit Vertretern aus den betroffenen Schulen, mit Vertretern des Landkreises, mit Vertretern der Wirtschaft, auch mit Mitgliedern des Stadtelterrates, aber auch mit betroffenen Schülern und Eltern. Zudem haben wir die Gesprächsangebote von Herr Thiemer und unserem Bürgermeister nach der letzten Schulausschusssitzung wahrgenommen, wofür ich mich auch nochmal ausdrücklich bedanken möchte. Gerade die zuletzt geführten Gespräche haben uns grundsätzlich etwas näher an ein „ja“ zur Oberstufe rücken lassen, ggf. wäre eine Enthaltung möglich gewesen. Jedoch aufgrund der unsicheren Haushaltslage, der zunächst angedeuteten Steuererhöhungen, wenn auch noch nicht für 2019 und weiteren Unstimmigkeiten, die wir bereits im Schulausschuss geäußert haben, entzieht sich aus unserer Sicht jegliche Grundlage, der Oberstufe zum jetzigen Zeitpunkt das „okay“ zu geben, gerade neben den zwei bereits bestehenden Oberstufen hier in Rotenburg. Auch die erst in der letzten Woche, neu vorgelegte Planungsvariante, dessen Zahlen in der Theorie zunächst plausibel klingen, aber in keiner Weise so kurzfristig nachvollzogen und geprüft werden können und langfristig sehr wohl eine Belastung des Haushaltes mit sich ziehen, helfen uns hier nicht weiter. Mit Sicherheit haben wir das Konzept der IGS verstanden und wir sehen auch die Vorteile darin, das Gemeinschaftsgefühl zu steigern und weniger Schulabbrecher zu erlangen, dass stellen wir auch überhaupt nicht in Frage, sondern stehen voll dahinter, wenn auch zu diesem Zeitpunkt nur für die Klassenstufen 5 bis 10. Genau wie wir eine Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler der IGS haben, haben wir auch eine Verantwortung für alle anderen Rotenburger Bürgerinnen und Bürger, und auch eine Verantwortung dafür mit den Steuergeldern sparsam umzugehen. Meine Damen und Herren, wie Sie bereits der Presse entnehmen konnten, wird die WIR/FDP-Arbeitsgruppe geschlossen gegen die Errichtung der Oberstufe zum jetzigen Zeitpunkt stimmen. Das heißt aber lange nicht, dass wir gegen die IGS mit ihren Schülerinnen und Schülern oder gar gegen die Lehrkräfte oder die Schulleitung stimmen, nein, sondern wir vielmehr die Chance sehen, uns, und allen Kritikern zu beweisen, dass sie auf dem richtigen Weg sind, die prognostizierten Schülerzahlen sicher zu erreichen. Mit einer Übergangslösung, und da bin ich mir sicher Herr Thiemer, dass das sehr gute Konzept in Ihrer Schublade, wie Sie mir erzählt haben, sind wir für die nächsten Jahre sehr gut aufgestellt. Wir vertun uns damit keine Chance, wir überbrücken einen Zeitraum, der Ruhe und Entspannung in die Sache bringen wird, und schaffen damit belastbare Fakten für die Zukunft. Danke.“

RH Grafe bedankt sich bei BG Kohlmeyer für seinen Redebeitrag, der zeige, dass man sich Gedanken gemacht habe. Es sei für ihn eine große Freude zu sehen, dass er inhaltlich und vom Konzept einer IGS an der Oberstufe nichts entgegenzusetzen hat. Er betont, dass die Gründe von BG Kohlmeyer für eine Ablehnung der Oberstufe mehr Substanz, als die fadenscheinigen Gründe, die RH Dr. Rinck in seinem Redebeitrag vorbrachte, haben. Es sei immer leicht etwas in den Zweifel zu ziehen, was man nicht haben möchte und „absurd“ zu argumentieren. Es sei schwer den Schritt zu gehen sich einzugestehen, dass die andere Seite etwas recht habe. RH Grafe bedankt sich nochmals bei BG Kohlmeyer und kommt auf den Redebeitrag von RH Dr. Rinck zu sprechen. Es sei, und dass müsse man in dieser Schärfe auch so sagen, ein „hanebüchenes“ Stück was hier dargeboten wurde. Zum einen habe RH Dr. Rinck gesagt, dass wenn man eine dritte Oberstufe hätte, dies kein fairer Wettbewerb sei. Dieses Argument würde auch jeder Bäcker in der Gemeinde sagen, wenn ein zweiter Bäcker aufgemacht würde. Dies sei eine „hanebüchene“ Behauptung. RH Grafe erklärt, dass Wettbewerb nur dann stattfindet, wenn man Alternativen hat, denn ansonsten

gebe es keinen. Es sei unglaublich, dass so etwas von der CDU komme, die den Wettbewerb fördern sollte. Zudem berichtet RH Grafe, dass RH Dr. Rinck behauptete, dass die Kurse beim Ratsgymnasium durch die Oberstufe an der IGS gefährdet werden würden. RH Grafe erinnert sich nicht daran, dass ein Realschüler zum Ratsgymnasium gegangen sei. Die Schüler die an der IGS seien, seien doch bereits an der IGS und könnten dadurch doch nicht die Kurse des Ratsgymnasiums gefährden. Er fragt sich, wie dies möglich sein solle, denn die Schüler seien doch gar nicht da. RH Dr. Rinck habe nicht gesagt wo der Wettbewerb stattfindet. RH Grafe betont, dass der Wettbewerb nicht nur hier in Rotenburg stattfindet, sondern auch in Scheeßel, denn viele Schüler würden täglich nach Scheeßel gebracht und man fragt sich warum das so sei. Er stellt fest, dass die Schüler und die Eltern den Wettbewerb wollen und vielleicht sei es die richtige Antwort, den Wettbewerb stattfinden zu lassen. RH Grafe berichtet, dass es natürlich auch um die Kosten und das „schnöde“ Geld gehe. In der politischen Diskussion sei auch der Kunstrasenplatz und ein Parkhaus. Es werde also lieber darüber diskutiert, Autos in irgendwelchen Parkhäusern abzustellen, aber keinen müden Euro für die Schüler auszugeben. Diese Diskussionen könne man führen, aber dann sollte man es nicht tun über die Zukunft zu sprechen. Wenn man das für richtig halte, könne man bei „VW“ im Aufsichtsrat sitzen, aber nicht hier. Zur Umfrage betont RH Grafe, dass man die Umfrage vornehmen müsse und dass die CDU-Aussagen ihn an das Wegdiskutieren der schlechten Wahlergebnisse von Horst Seehofer erinnere. Die Umfrage sei klar für die IGS ausgefallen und die heutige Frage sei nur, ob der Rat den Schülerinnen und Schülern die Chance gebe, an der IGS ein Abitur zu machen. Dies sei eine Entscheidung die mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten sei und es sei auch wichtig, sich zu fragen, ob die Schülerinnen und Schüler es wert seien.

BG Dembowski hält folgende Rede:

„Verehrter Herr Vorsitzender, verehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer und verehrte Presse. Jetzt haben wir viel über Statistiken und Wettbewerb gehört. Ich muss das leider noch mit dem „Ideologiefaktor“ betrachten. Durch den im Oktober 2009 gefällten Ratsbeschluss zur Einrichtung einer IGS kam der Rat seiner Verantwortung nach, sich von dem dreigliedrigen Schulsystem zu trennen und einen integrativen Bildungsweg von Klasse 5 bis 10 zu ermöglichen. So sah das auch die Schulreform vor. Das es lediglich für diese Jahrgangsstufen festgelegt wurde, ist möglicherweise dem Pionierstadium zuzuschreiben. Ich kann mir vorstellen, dass sich nicht sehr viele Ratsmitglieder 10 Jahre weiter in das Zukunftsmodell Sekundarstufe II hineingedacht haben. Das ist auch schwierig. Jetzt haben die Mitwirkenden aus der Politik (inzwischen in anderer Besetzung) und die Verwaltung über eine Weiterentwicklung und damit auch über eine Festigung über einen gemeinsamen Bildungsweg für sehr verschiedene Schüler, zu entscheiden. Wir beschließen heute Abend wie es um die Ausstattung der personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen bestellt ist. Wir entscheiden, ob es tatsächlich eine vollwertige Gesamtschule wird oder vielleicht doch eher eine „getarnte“ Oberschule. Wir beschließen heute Abend aber, ob überhaupt ein Antrag für eine Gesamtschule mit Sekundarstufe II entstehen darf. Das ist heute Abend unser Thema. Unsere Entscheidung wird langfristige Folgen haben, auch wenn es unter uns Entscheidungsträger gibt, die sagen: „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“. Mit Ruhe und Entspannung kann man auch ein Vakuum schaffen und das ist für eine Schulentwicklung meistens ein sehr ungünstiger Faktor. Bildungserfolge und Teilhabe dürfen in unserer Gesellschaft nicht vom sozialökonomischen Status, nicht vom eigenen oder dem Migrationshintergrund der Eltern oder von einer Behinderung abhängen. Unsere Gesellschaft verändert sich rasant. Migration und Zuwanderung ist ein großer Faktor dem wir uns stellen müssen. Auf den inzwischen der deutsche Arbeitsmarkt mehr denn je angewiesen ist. Familienbrüche bedingen, dass jedes 5. Kind in Deutschland bei nur einem Elternteil aufwächst, in 90% bei der Mutter, die einem viel größerem Armutsrisiko ausgesetzt ist. Beschäftigung in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen erweitern die Schere zwischen arm und reich, häufig schon im Mittelstandsbereich. Kinder sind meistens von diesen Entwicklungen mitbetroffen, weil eine umfassende Förderung in den Familien nicht geleistet werden kann, bzw. es wird ihnen von vorn herein keine Leistung mehr zugetraut. Bisher wurden bei gleicher Lesekompetenz und kognitiven Grundkenntnissen immer noch weniger Kinder aus Facharbeiterfamilien denn aus akademischen Elternhäusern auf weiterführende Schulen empfohlen. Inzwischen entfallen die Empfehlungen. Es ist deshalb gut und notwen-

dige Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe und für eine gelungene Bildungslaufbahn für alle Kinder zu schaffen. Die Weiterführung der IGS in die Sekundarstufe II schafft einen Anreiz auch für kognitiv stärkere Schüler, sich von Klasse 5 an, für genau diese Schulform zu entscheiden. Wie aber sollen Schüler im oberen Kompetenzbereich gefördert werden, wenn dieser Anreiz fehlt, weil es keine Sekundarstufe II geben wird, und die Kinder bevorzugt am Gymnasium und nicht an der Gesamtschule angemeldet werden. Dabei empfindet die Mehrheit der Schüler das als positiv, wenn Leistungsstärkere und Leistungsschwächere in einer Gesamtheit lernen können. Das ist auch der Schlüsselpunkt. Wir denken immer nur in der Linie der Oberstufe bzw. der Schüler, die schon den erweiterten Abschluss erreicht haben. Wir denken nicht nach unten und das müssen wir. Das ist ganz entscheidend bei einer Gesamtschule, dass wir eine heterogene Mischung erreichen. Bei der Mischung können stärkere und schwächere, schnellere und langsamere Schüler zusammen einen guten Lernerfolg erzielen. Leistung wird gespeist aus Motivation, Kompetenz, Zugehörigkeit, Lernerfolg. Die Gesamtschule hat andere pädagogische Konzepte, um diesen Weg zu erreichen. Schulversagen, Verweigerung und sogar Schulabbrüche entstehen viel seltener. Das dürfen wir uns in dieser Gesellschaft auch gar nicht leisten, erstens fehlen dann potentielle Arbeitskräfte und die Belastung der Sozialsysteme ist parallel dazu zu hoch. Wir haben uns vor 9 Jahren in Rotenburg auf den Weg gemacht mit der IGS im pädagogischen und im schulkulturellen Alltag Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Wir stärken damit ein demokratisches Miteinander. Für eine neue Schule ist das ein Prozess, der oft situativ gemeistert werden muss. Oft auch mit großen Mühen, im Umbau und unfertigen Schulhöfen, mit viel Improvisation. Ich glaube, unsere Lehrerinnen und Lehrer an der IGS haben bewiesen, dass sie sich diesen Anforderungen stellen. So eine Schule muss aber auch auf langfristige Planung bauen können. Wir in der Politik müssen dafür verantwortungsvoll Entscheidungen treffen. Dazu bedarf es der Meinung von Experten. Politische Entscheidungsträger und die zuarbeitenden Experten reproduzieren allzu oft die strukturelle Diskriminierung einer Schulentwicklung, durch das Fehlen der Expertise von Betroffenen, also von Eltern und Kindern. Im Klartext: Im Vorfeld der Diskussion kamen die Eltern und Schüler der betroffenen Schule vergleichsweise wenig oder gar nicht zu Wort. Die Kritiker aber haben sofort und unmissverständlich ihre Bedenken dargestellt, eine Weiterführung abgelehnt und sogar als Verlust an Vielfalt bezeichnet. Qualitätsverlust der Schullandschaft? Ist das tatsächlich so, wenn auch die unteren Jahrgänge durch eine bessere Beschulung bessere Leistung erzielen können? Ein Studienrat a. D. wird nicht müde sich gegen eine weitere Oberstufe einzusetzen, dadurch haben sich Gremien und Verbände überzeugen lassen, ohne die Befürworter gehört zu haben. Eine Rektorin aus Osterholz-Scharmbeck hat aus ihrer Schule von den guten Erfahrungen mit den benachbarten Oberstufen berichten können, die Schulbehörde sieht keinen Hinderungsgrund für eine Sekundarstufe II. Viele Städte in unserer Nähe verfügen bereits darüber und für erfolgreiche Beispiele müssen wir nicht nach Skandinavien sehen. Die Gesamtschule Fürstenau, im sehr ländlichen Bereich, in der Nähe von Vechta macht es vor, mit inzwischen 1.400 Schülern und das Abendland ist da auch noch nicht untergegangen. Die Schule als Teil der Rotenburger Gesellschaft braucht unsere Unterstützung, um den einmal eingeschlagenen Weg mutig fortzusetzen, das gibt Eltern Sicherheit, fördert die Lernmotivation von Schülern/innen mit unterschiedlichen Begabungen, den starken, den schwachen, den langsamen, den schnellen, denen die vielleicht noch etwas mehr Zeit brauchen oder andere pädagogische Konzepte, es stärkt ein soziales Miteinander, schützt vor Ausgrenzung und ist gut für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ich bin optimistisch, dass es langfristig sogar ein Gewinn für unsere bereits vorhandenen Oberstufen werden kann. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

RH Hickisch hält folgende Rede:

„Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Vertreter der Verwaltung, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Ratsmitglieder! Ich wollte eigentlich nur ein relativ kurzes Plädoyer pro IGS halten, aber, bitte verzeihen Sie es mir, ich will doch noch auf ein, zwei Aspekte der Rede von RH Dr. Rinck eingehen. Meiner Meinung nach fehlt in dieser ganzen Diskussion ein ganz wichtiger Punkt und deswegen möchte ich den voransetzen. Die IGS, unsere städtische Schule mit 500 Schülerinnen und Schülern ist eine absolute Bereicherung für Rotenburg! Deutschland, und damit auch Rotenburg, braucht und braucht einen schulpolitischen Wandel, eine Änderung der Schullandschaft! Es wäre

schön, von allen, ich betone es ausdrücklich, von allen Ratsvertretern auch einmal Worte der Anerkennung für das bisher erreichte - durch die gesamte Schulgemeinschaft (Kollegium, Schülerschaft und Elternschaft), - auszusprechen. Sowas gehört sich auch einmal. Zur Erinnerung: Jahrzehntlang hielten die von der CDU und FDP geführten Landesregierungen am dreigliedrigen Schulsystem fest, mit haushohen Hürden für Gesamtschulen. Ich denke dabei auch an meine 20-jährige Erfahrung als Lehrervertreter im Kreisschulsausschuss, bei der auch Kreisverwaltung und Kreispolitiker der CDU-Mehrheitsfraktion massiv die Initiative der Samtgemeinde Bothel, die wie eine Eins geschlossen hinter der Idee IGS stand, zu verhindern suchten. Erst nach der Abstimmung der Eltern mit den Füßen, der Verfall der Hauptschulen zur Restschule für abgehängte Jugendliche und immer mehr Initiativen pro Gesamtschulen kam es zur Oberschulbildung. Rotenburg hat sich, meiner Meinung nach „Gott sei Dank“, für eine Integrierte Gesamtschule entschieden. Laut Gesetz ermöglicht der Besuch einer IGS alle allgemeinen Schulabschlüsse, also auch die allgemeine Hochschulreife, - sprich Besuch der gymnasialen Oberstufe. Und jetzt komme ich das erste Mal zu RH Dr. Rinck. Ich denke, dass Sie nur mit Teilwahrheiten arbeiten. Von den rund 150 Gesamtschulen haben die Landesschulbehörden bis zum Schuljahr 2017/2018 fast für fünfzig Schulen die Genehmigung für eine Oberstufe erteilt, darunter Oyten, Lilienthal und Buxtehude, Tendenz steigend. Jetzt komme ich aber zu der meiner Meinung nach „Teilweisheit“. Die Hürden für die Zulassung einer IGS waren bis vor wenigen Jahren sehr hoch und genau wie in Rotenburg befinden sich viele IGSSen in der Gründungsphase. Die Tendenz für die Genehmigung einer gymnasialen Oberstufe ist steigend. Das sind nicht 50 % nach dem Motto: „weil die anderen das nicht wollen“. Die kommen, da bin ich ganz sicher. Soweit ich es in Erfahrung bringen konnte, gab es nirgends ein auch in Rotenburg herbeigeredetes „Sterben“ der allgemeinen Gymnasien oder Berufsbildenden Gymnasien. Und jetzt sage ich mal ein Wort das hier überhaupt noch nicht gefallen ist: „Kooperation“. Zusammenarbeit steht dabei im Vordergrund! Das Grundmodell einer IGS ist, mit einfachen Worten umschrieben: „Die Gesamtschule arbeitet mit Kindern und Jugendlichen aller Leistungsstärken und hält Laufbahntscheidungen möglichst lange offen. Die Schülerinnen und Schüler lernen miteinander und voneinander; starke und schwache, sie werden individuell und gezielt gefördert.“ Für das Lernen mit- und voneinander braucht es aber eine gute Durchmischung, starke und schwache Schüler, gerade für die hohe Zahl der Spätentwickler. Und jetzt komme ich wieder auf diese Infragestellung von Zahlen. Gerade eine IGS ermöglicht es Schülerinnen und Schülern, die sich an einer Hauptschule oder woanders „abgehängt“ gefühlt haben, sich weiterzuentwickeln und dann bekommen sie, obwohl der Oberstudienrat a. D. sogar in Frage gestellt hat, ob man dann diese Leistung nicht irgendwie bescheinigt, auch unter Umständen zu der Empfehlung auch die Sekundarstufe II zu besuchen. Viel zu viele Jugendliche sind bisher vom tradierten Bildungssystem abgehängt worden, eine lebendige IGS mit Oberstufe macht auch das örtliche Bildungssystem durchlässiger, eröffnet, das betone ich jetzt noch einmal, auch für Rotenburg Chancen! Und, ich spreche es deutlich aus: auch ein Kind von einer alleinerziehenden Mutter, die vielleicht als Putzfrau arbeitet, sollte die Chance erhalten, wenn leistungsmäßig die Möglichkeit besteht, auf der Schule das Abitur zu machen. Niemand bestreitet die gute Arbeit des Ratsgymnasiums oder des Beruflichen Gymnasiums – ich habe 31 Jahre lang das 1. Leistungsfach unterrichtet und hunderte Schüler, auch als Tutor, zum Abitur geführt. IGSSen arbeiten vielleicht anders, aber genauso erfolgreich! Es gibt viele Bedenken, und jetzt komme ich das zweite Mal zu RH Dr. Rinck. Vielfach wurde zudem mit böartigen Unterstellungen gearbeitet, ich verweise nur auf die nach meiner Meinung unsäglichen Diskussionen um den Stadtelternrat. Aber ich komme jetzt nochmal zu zwei Punkten: RH Dr. Rinck Sie haben ja mit etwas weinerlicher Stimme angeführt, die hohen Kosten für die IGS. Bildung kostet Geld. Unsere Hauptschule und unsere Realschule sind in die Jahre gekommen und eine Renovierung unabhängig ob IGS, Oberschule oder etwas Anderes stand im Raum. Und wenn wir die Schulen ausbauen, dann sollten wir das so machen, dass sie auch noch in 30 oder 40 Jahren nutzbar sind. Auch wenn Sie jetzt lächeln, Ihre Mehrheitsfraktion hat im Kreistag den Neubau der mit Abstand kleinsten Berufsschule und des mit Abstand kleinsten Gymnasiums in Bremervörde für 65 Millionen + X beschlossen. Und es ist nicht so, dass Sie, Herr Dr. Rinck oder Landrat Hermann Luttmann das aus eigener Tasche bezahlen, nein das bezahlen alle und vor allen Dingen auch die Rotenburger Bürger. Wir werden ja auch demnächst in die Haushaltsdiskussionen einsteigen und das Sinken der Kreisumlage diskutieren und damit eine Entlastung des Rotenburger Haushalts wird dadurch

verhindert! Die Ausgaben für Bremervörde können durchaus berechtigt sein, aber auch andere Schulen schreien nach Erneuerung, so würde sich viele Klassenräume der BBS Rotenburg freuen, wenn sie zum zweiten Mal, d. h. nach der Erbauung im Jahre 1971, gestrichen werden. Wenn man jetzt sagt: „Bildung das kostet Geld“. Es tut mir leid auf so eine Diskussion möchte ich mich eigentlich nicht einlassen. Es gibt noch einen zweiten Punkt, wie gesagt die Kooperation haben wir ja jetzt schon kurz angesprochen, auch Gymnasien können z. B. miteinander kooperieren. Seit Monaten geistert ja der berühmte „Physikkurs“ durch die Landschaft. Wir haben das St. Vitigymnasium in Zeven und durch das Gymnasium in Sottum hat das Ratsgymnasium viele, viele Schüler verloren und wir haben das Domgymnasium in Verden. Warum kann man nicht auch Gymnasiasten zumuten, wie gesagt wir haben keine Beförderungsfreiheit mehr in der Sekundarstufe II, ein anderes Gymnasium zu besuchen. Von Visselhöveder Oberschülern wird schließlich auch erwartet, dass sie auf eigene Kosten die Berufsbildenden Schulen in Rotenburg besuchen. Warum kann es da nicht auch Kooperationen geben? Und das jetzt als Ausschlusskriterium zu benutzen ist etwas fadenscheinig. Jetzt komme ich auf den mehrmals genannten ehemaligen Vertreter des Ratsgymnasiums zurückkommen, Sie haben ja auch den Bedarf angezweifelt RH Dr. Rinck und ich weiß nicht, ob Sie bei Ihren Bewertungen vielleicht auch dieses Schreiben, das ja anscheinend auch alle Fraktionen zugegangen ist berufen haben. Ich möchte ausnahmsweise daraus zitieren: „Der Bedarf sei da erkläre Herr Weber und Herr Thiemer in der RKZ. Ja, aber welcher Bedarf? Ist es richtig insgesamt mit steigenden Schülerzahlen im Sekundarbereich I zu rechnen, aber dieser Zuwachs ergibt sich mehrfach durch Zuwanderung der nun wirklich nicht den Aufbau einer dritten Oberstufe legitimieren kann.“ Sicherlich Achmet und Muhammad lernen den Dönerspieß richtig zu drehen und Katazyna aus Osteuropa auch das richtige Putzmittel einsetzen.... Wenn man mit so einem Argument gegen eine gymnasiale Oberstufe arbeitet, kann ich mir so etwas nicht zu eigen machen. Das Zitat liegt vor, es ist traurig. So, ganz zum Schluss: auch in Rotenburg brauchen wir Ideen, wo wir bildungspolitisch hinmöchten, wo wir in zwanzig oder dreißig Jahren stehen möchten, nur den Status quo verwalten: „Bewährtes bewahren“ führt uns nicht weiter. „Angst fressen Seele auf“ - lassen Sie sich nicht davon leiten. Unterstützen Sie die Bildung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS in Rotenburg, respektieren Sie den Elternwillen!
Vielen Dank.“

RH Klammer hält folgende Rede: „Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, Herr Bürgermeister, Mitglieder der Verwaltung, sehr geehrte Ratsmitglieder, Vertreter der Presse und Gäste. Während der Diskussion um die Einführung einer Oberstufe an der IGS, stieß ich in den vergangenen Wochen auf einige, meiner Meinung nach erwähnenswerte, Artikel in der Rotenburger Kreiszeitung. Da wäre zunächst ein Bericht vom 20.09.18 mit der Überschrift „Wirtschaftsvertreter halten nicht viel von dritter Oberstufe“. Hier wird eine Aussage von Herrn Kehrstephan, Vorsitzender des Rotenburger Wirtschaftsforum, unter anderem wie folgt wiedergegeben: So aber sieht er „viel zu viel Konkurrenzdenken“ unter den Schulen und ihren Trägern. Dieses Konkurrenzdenken bestimmt leider in einem viel zu hohen Maße die Diskussion. Können wir, sehr geehrte Ratsmitglieder, jetzt auch einfach sagen: Ok, wir lassen das Ganze, weil zwei Schulen hier in Rotenburg das nicht wollen? Nein, das können wir nicht! Wir haben hier einen ganz starken Egoismus der einzelnen Schulen. Ich, das Ratsgymnasium; Ich, die BBS; Ich die IGS. Von diesem Egoismus müssen wir weg hin zu einem „Wir“. Ich werde jetzt nicht sagen: „Wir schaffen das“; weil der Spruch ist etwas vorbelastet. Ich sage stattdessen, und das ist ein Spruch aus der Werbung für die Aktion Mensch: „Das „Wir“ gewinnt.“. Nun komme ich zu einem Bericht vom 16.10.18 „Das Nein zeichnet sich ab“ Hier wird darüber berichtet, dass sich Bürgermeister Weber mit der Fraktion WIR/FDP zusammensetzen wolle, um über das Millionendefizit im Haushaltsplan für 2019 zu sprechen. An der Meinung der Fraktion würde das aber wenig ändern, wie Sprecher Jens Kohlmeyer (WIR) vorab versicherte. „Wir entscheiden uns gegen die IGS-Oberstufe“. Dazu habe ich zwei Anmerkungen:

1. Wenn ein Informationsgespräch mit dem Bürgermeister sowieso nichts an meiner Meinung ändert und dieses auch schon vorab der Kreiszeitung mitgeteilt wird, kann ich mir dieses Gespräch auch schenken.
2. Was haben die Kosten für die Errichtung einer Oberstufe an der IGS mit dem Haushaltsdefizit 2019 zu tun? Nichts.

Im Übrigen sind wir als Ratsmitglieder jetzt ja auch alle dazu aufgerufen, in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und der Verwaltung, Mittel und Wege zu finden, dass es nicht zu einem Defizit kommt. Dem Bericht zu Folge,“ lässt sich Hr. Kohlmeyer aber ein Hintertürchen offen. Wenn der Plan zum Schuljahr 2020/2021 zu starten aktuell nicht durchsetzbar sei, könne man das Thema wieder auf die Tagesordnung setzen lassen. Und zwar dann, wenn die Schule bewiesen hat, dass die Schülerzahlen entsprechend sind.“ Dazu ebenfalls zwei Anmerkungen:

1. Eine IGS mit Oberstufe, dürfte naturgemäß einen höheren Zulauf haben als eine IGS ohne Oberstufe.
2. Umso später wir eine Oberstufe installieren umso mehr Jahrgänge haben dann eben nicht die Möglichkeit an der IGS ihr Abitur zu machen.

Als nächstes komme ich zu einem Bericht vom 22.09.2018 „Oberstufe an der IGS nimmt die nächste Hürde“ Und zwar meine ich den Einwand von Hauptschulrektor Lühr Klee. Er meinte: „Die erste Frage müsste doch sein: Ist es für die Schule sinnvoll, eine Oberstufe einzurichten?“ und: „Es geht hier doch um das Projekt IGS“. Diese Sichtweise kam auch meiner Meinung nach in der bisherigen Diskussion viel zu kurz. Rotenburg wollte eine IGS. Rotenburg hat eine IGS. Zu einer IGS gehört auch eine Oberstufe. Jetzt noch zu einem überraschenden Bericht vom 20.09.2018 „CDU für drittes gymnasiales Angebot“ Hier geht es um eine Sitzung des Kreistag-Schulausschuss am 23.11.2010. Hier zitiere ich nun die Kreiszeitung mit Aussagen unseres Ratsvorsitzenden Herrn Leefers: „Leefers machte deutlich, dass man in Rotenburg neben dem Ratsgymnasium und den BBS eine Oberschule mit gymnasialen Angebot wünsche.“ Dazu kann ich nur sagen: Herr Leefers, bleiben sie bei Ihrer Meinung und stimmen entsprechend ab. Zum Schluss möchte ich mich jetzt noch einmal wiederholen: Rotenburg wollte eine IGS; Rotenburg hat eine IGS; zu einer IGS gehört auch eine Oberstufe. Vielen Dank.“

RH Emshoff betont, dass die IGS Oberstufe das wichtigste Thema seiner bisherigen Ratstätigkeit sei und er deswegen das erste Mal im Rat reden werde. Es sei ärgerlich, dass Redner in der heutigen Sitzung persönliche Angriffe vornehmen. Jeder habe eine wohlbekanntes Meinung zu diesem Thema. Seine Meinung sei, dass es nicht in Ordnung sei, wenn der Vorwurf komme, dass es der CDU nur um das Geld gehen würde, denn in die IGS sei bislang schon einiges an Mitteln verwendet worden. Dies sei auch gut so. In Rotenburg laufe vieles noch nicht „rund“, definitiv nicht. RH Emshoff betont, dass aber die Schulen „rund laufen“ und dass die Grundschulen, alle bereits bestehen Schulen und Kindergärten alle super und zeigenswert sind. Er berichtet, dass zum Infoabend der BBS zwar alle Ratsmitglieder eingeladen wurden, aber nicht alle da waren. Die Schule sei sehr „besuchenswert“. Landesweit und deutschlandweit suche die Schule ihresgleichen, denn das Angebot sei sehr toll. Das Ratsgymnasium sei auch super und toll; beiden Schulleitungen habe er zugehört. Diese hätten gesagt, dass, wenn eine dritte Oberstufe komme, dies das Angebot ihrer jeweiligen Schule schmälere. Dies seien Zitate und dies hätten Frau Rehder und Herr Herz-Kleptow so gesagt. Diese Aussagen von Schulleitern nehme er sehr ernst und zur Kenntnis, denn er gehe nicht davon aus, dass diese „Blödsinn“ erzählten. In Richtung von RF Grafe sagt er, dass es zwar um die Kinder gehe, aber auch um wirklich alle Kinder und Eltern in Rotenburg gehe. RH Emshoff betont nachdrücklich, dass es nicht nur um die Kinder geht, die die IGS besuchen, sondern um wirklich alle Kinder. Die Diskussion sollte ruhiger und so geführt werden, dass man sich nach der Sitzung wieder die Hand geben könne.

BG Holsten geht auf den Vorwurf des Bürgermeisters Herrn Weber ein, dass die Debatte durch die CDU ideologisch geführt werde und auch von BG Dembowski in ihrem Redebeitrag eingangs von ideologischer Diskussion der Thematik gesprochen. Er betont, dass er sehr froh sei, dass die heutige Entscheidung keine ideologische sei, sondern eine sachliche, fachliche, mit der sich jedes Ratsmitglied lange und intensiv auseinandergesetzt habe. Vor geraumer Zeit habe man sich für die Einführung der IGS entschieden und damals gab es eine Minderheit, die sich für eine Oberschule aussprach. Dies sei richtig und lange her. Damals wurden unter dem parteilosen Bürgermeister Herrn Eichinger sachlich und ausführlich das Für und Wider einer IGS und einer Oberschule diskutiert. Das überparteiliche, fachliche und sehr wohl ausführlich diskutierte Ergebnis sei die IGS gewesen. Eine Zeit später wurde der Neubau und der Ausbau diskutiert und die ehrenamtlichem Mandatsträger sein zu Bera-

tungen über Millionenbeträgen zusammengekommen. Besonders die Ausstattung und die Raumgrößen wurden damals intensiv und allezeit sachlich diskutiert. Die politischen Gruppen wurden bei jeder Entscheidung immer wieder geeint und nicht gespalten. Bei den weiteren Entscheidungen zum Ausbau und Neubau seien die Mehrheitsverhältnisse durch die Kommunalwahlen verändert worden und so, seien auch Unstimmigkeiten, Streits und der Vorwurf „die CDU sei nur ideologisch unterwegs“ aufgekommen. Dies sei für den ein oder anderen wahrscheinlich das einfachste „Totschlagargument“ und so auch wieder am heutigen Tage. RH Dr. Rinck habe gut vorgetragen, dass es für die CDU und für viele Rotenburger, die fachlich als versiert gelten, einige andere Gründe gegen eine Oberstufe an der IGS gebe. Es gebe unterschiedliche Meinungen zur Oberstufe und dies sei Fakt, sodass nach bestem Gewissen und Wissen zu entscheiden sei. Man sei als CDU für den Erhalt einer breiten Bildungslandschaft in der Stadt, auch wenn der „Ideologievorwurf“ wiederkomme. BG Holsten berichtet, dass er nicht wie RH Hickisch auf jeden Redebeitrag eingehen werde. Ein kleiner „Bäckervergleich“ an dieser Stelle aufzuführen, wenn es um die Schulstruktur und die Zukunft der Schulen gehe, sei zweifelhaft. Denn in einem kleinen Dorf, in dem zwei Bäcker installiert seien, sei zu bezweifeln, ob es beiden Bäckern schlechter als vorhergehe und ob die beiden das „überleben“. Er gelte, als ehemaliger Gesamtschüler, immer als unverdächtig ein Ideologe in dieser Sache zu sein, aber der Vorwurf „sitzt halt“ und man mache sich Gedanken, ob eines der von der CDU vorgetragenen Argumente ideologisch gemeint sei. Solche Argumente kenne er nicht, denn als Gesamtschüler sei er wohl „verkehrt“ sozialisiert worden. Ob er und die anderen Gesamtschüler in der Lage gewesen seien, im St. Viti-Gymnasium in Zeven das Abitur zu machen, solche Befürchtungen gab es nicht. Seine Generation habe mit diesen „Glaubenskriegen“ nichts zu schaffen. BG Holsten berichtet, dass RH Hickisch sehr eindrucksvoll geschildert habe, dass er diese Jahrzehnte mitgemacht habe und berichtet, dass, als er CDU-Mitglied wurde, diese „Glaubenskriege“ auf Landesebene schon lange vorbei gewesen seien. Er habe gegoogelt und die ideologischen Gründe gegen eine IGS dort eingegeben. BG Holsten vermutet, dass es sein mag, dass irgendein „Cookie“ Google verraten habe, dass er Rotenburg meine. Andererseits vermutet er, könnte es sein, dass man sich nur als Rotenburger Christdemokrat mit dieser ideologischen Frage derart konfrontiert sehe. Bei den ersten beiden Suchmaschineneinträgen seien Seiten der Rotenburger Kreiszeitung angezeigt worden. In den Artikeln sei nicht geschrieben worden, dass es faktisch so sei, dass man als CDU so ideologisch denke, sondern, dass man wahrscheinlich so denken würde. Er betont, dass man als CDU-Fraktion also keine „ideologischen Gräben“ aushebe. BG Holsten berichtet, dass es heiße, man sei „unsozial“ oder gar „unchristlich“ und dies sei der CDU Fraktion öffentlich auf den Weg gegeben worden. Dieser Tage werde ebenso oft behauptet, dass es keine Unterschiede zwischen den Parteien gebe und alle austauschbar seien. Er berichtet, dass die Diskussion um die IGS Oberstufe gerade zeige, dass es Unterschiede zwischen den Parteien und verschiedene Auffassungen zum Thema gebe. Er schätzt diese Unterschiede als gut ein und betont, dass man sich aber als Politiker und als mitdiskutierende Bevölkerung davor hüten solle in die „unterste Rhetorikschublade“ zu greifen. Denn es sei ein Moment der Demokratie, der nicht mit „Totschlägern“ zu „beerdigen“ sei. Ein solches Verhalten schrecke, aus seiner Sicht, potenziell interessierte Personen ab an der Kommunalpolitik mitzuwirken. Denn man habe ein Recht darauf, frei seine Meinung sagen zu können und er und seine Fraktion nehme heute in Anspruch, anhand der ausgetauschten Argumente, als ehrenamtliche Kommunalpolitiker die beste Entscheidung für die Stadt zutreffen. Dies zu sagen sei ihm ein Anliegen im Sinne einer guten Ratsarbeit gewesen.

BG Behr hält folgende Rede: „Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Vertreter der Rotenburger Presse, sehr geehrte Damen und Herren. Der Rat der Stadt Rotenburg wird heute eine Entscheidung zur Einrichtung der Oberstufe an der IGS-Rotenburg treffen, die für die Schülerinnen und Schüler der IGS, aber auch für deren Eltern sowie den Lehrerinnen und Lehrern von einiger Bedeutung sein wird. Es geht bei dieser Entscheidung also um das Wohl von Menschen, ihren Möglichkeiten und ihren Chancen. Es geht um die Antwort auf die Frage, was die Rotenburger Schullandschaft ihren Schülerinnen und Schülern in dieser Hinsicht in Zukunft bieten kann. Mit seiner ersten Antwort auf diese Frage hat sich der Rat der Stadt Rotenburg in seiner Sitzung am 30.04.2009 nach intensiver Diskussion ganz bewusst gegen die

Einrichtung einer Oberschule und für die Einrichtung einer IGS entschieden und damit für eine Schulform mit gymnasialem Angebot, zu der selbstverständlich eine Oberstufe gehört. Die damalige Schulausschussvorsitzende Frau Dr. Schumann-Mößeler hat sich in jener Ratssitzung ausdrücklich dafür ausgesprochen, sich den Aufbau einer gymnasialen Oberstufe als Option auch offen zu halten. Einige Ratsmitglieder haben damals erklärt, dass sie die Einrichtung einer Oberstufe zu einem späteren Zeitpunkt für möglich halten, bzw. wünschenswert wäre. Bei vier Gegenstimmen hat der Rat den Aufbau der IGS Rotenburg beschlossen und wohlweislich darauf verzichtet einen ablehnenden Beschluss zur Oberstufe an der IGS-Rotenburg zu formulieren. Nun hat sich die Welt weitergedreht. Die Kultusministerkonferenz der Länder hat in diesem Jahr ihre letzte Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen korrigiert und festgestellt, dass deutlich mehr Schüler zu erwarten sind. Zudem ist der Trend zu höherer Schulbildung ungebrochen. Wir werden uns also keine Sorgen um die Nachfrage nach Kurs- oder Profilangeboten an der Oberstufe unseres Ratsgymnasiums oder der Berufsbildenden Schulen machen müssen. Zumal der Einzugsbereich beider Schulen und ihr guter Ruf weit über Rotenburg hinausreichen. Nicht ausreichende Schülerzahlen dürften für diese Schulen also kein Problem werden. In Zeven hat man übrigens ein paar Jahre später diese Entscheidung des Rotenburger Stadtrates aus dem Jahr 2009 nachvollzogen und die dortige Oberschule in eine IGS umgewandelt. Denn auch dort hat man erkannt, dass die gemeinsame Beschulung von Kindern mit unterschiedlicher Lernbegabung eine „Win-Win“-Situation für alle Schülerinnen und Schüler schafft. Nun macht sich die IGS Zeven, daran ein Oberstufenangebot in Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen Zeven zu entwickeln. Denn man weiß auch dort, dass für die Umsetzung des erfolgreichen pädagogischen Konzepts des gemeinsamen Lernens, leistungsstarke Schüler mit der Option auf den Besuch einer Oberstufe an der IGS gebraucht werden. Und da dieser Oberstufenwunsch der IGS Zeven parteiübergreifend begrüßt wurde, kann man davon ausgehen, dass das pädagogische Konzept der integrierten Gesamtschulen parteiübergreifend anerkannt ist. Das ist auch richtig so, weil viele Schüler nach der Grundschule einfach noch nicht so lernstark sind, wie sie sein könnten. Sie entwickeln sich eben später und an der IGS nicht zuletzt auch durch die Förderung der Besseren in der Klasse. Diese wiederum intensivieren damit den Lernstoff für sich selbst und erwerben ein großes Repertoire an sozialen Schlüsselkompetenzen. Ihre integrative Kraft zeigt diese Schule mit ihren Schülern aber auch noch daran, dass sie sitzengebliebene Gymnasialschüler aufnimmt und es diesen ermöglicht, an das Wissen anzuknüpfen, welches sie bereits am Gymnasium erworben haben. Es ist wohl jedem klar, dass dies auch für deren Bildungs- und Lebensweg ein großer Vorteil ist. Mit alledem, hat sich die IGS Rotenburg in der Stadt mit ihrem pädagogischen Konzept etabliert. Nun wünscht sie sich, mit einem eindeutigen Elternwillen im Rücken, die Einrichtung einer Oberstufe an ihrer Schule, um ihren Schülerinnen und Schülern, die sie über viele Jahre begleitet und gefördert hat, eine durchgängige Schullaufbahn bis zum Abitur zu ermöglichen. Einerseits, aber natürlich auch, damit sie für Schüler mit Gymnasialempfehlung weiter attraktiv bleiben kann und ihr integratives pädagogisches Konzept, für das sich der Rat 2009 entschieden hat, weiter so erfolgreich wie bisher weiterführen kann. Bürgermeister Weber hat mit seiner Verwaltung einen Plan zur Umsetzung der Oberstufe an der IGS entwickelt, der der finanziellen Situation der Stadt Rotenburg gerecht wird. Darüber, Herr Bürgermeister, freue ich mich sehr und die SPD-Fraktion dankt Ihnen dafür ausdrücklich. Wir haben also heute, mit dem Beschluss zur Einrichtung einer Oberstufe, die Möglichkeit die IGS Rotenburg zu dem zu machen was sie sein will und auch sein soll: Eine weitere gute attraktive Rotenburger Schule mit vielen Chancen und Möglichkeiten für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Rotenburg und, wenn möglich, auch um zu. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die in der vergangenen Diskussion gerne hier und da beschworenen guten Haupt- und Realschüler von einst, trafen nach ihrem Schulabschluss auf eine andere Lebenswirklichkeit und auf andere berufliche Anforderungen als die Schüler heute. Vergessen wir nicht, dass die Welt des dreigliedrigen Schulsystems untergegangen ist, weil Eltern für ihre Kinder Bildungschancen vermisst haben. Und auch die Stellung des Abiturs in der Welt hat sich gewandelt. Heute ist das Abitur nicht mehr allein die Eintrittskarte in die Welt der Eliten, sondern zunehmend die Eintrittskarte in eine immer anspruchsvollere Berufswelt. In eine Welt des lebenslangen beruflichen Lernens. In eine Welt, in der Menschen mit Abitur einfach besser vorbereitet sind auf die Wandlungen des Arbeitsmarktes und damit mehr Chancen auf die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens. Und letztlich wissen wir doch alle

hier, dass die Fragen der Gegenwart und der Zukunft nicht mit Antworten aus den 50er oder 60er Jahren befriedigend beantwortet werden können. Eltern und Schüler wissen das schon lange. Eltern deren Kinder nicht an einem Gymnasium unterrichtet werden, erwarten deshalb zu Recht, dass die Politik den Weg frei macht für die individuelle Förderung der Bildungsweg ihrer Kinder, unabhängig vom Elternhaus und dessen Möglichkeiten. Haben sie Mut, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Stimmen Sie heute partei- und fraktionsübergreifend für die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS. Lassen Sie uns weiter gemeinsam die Zukunft der Schullandschaft in der Stadt Rotenburg gestalten und geben sie ihre Stimme für ein Mehr an Chancen und Möglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler an der IGS. Zum Schluss: Der ehemalige Ratsherr Oliver Credo hat in der Ratssitzung 2009 zur Einrichtung der IGS darauf hingewiesen, dass das Ratsgymnasium nicht unter der Einrichtung einer IGS leiden werde. Denn auch damals war das eine Frage. Ich bin davon überzeugt, dass gilt auch heute für die Einrichtung einer Oberstufe an eben dieser IGS. Und es gilt, auch davon bin ich überzeugt, für die Berufsbildenden Schulen, ebenso. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

RH Gori berichtet, dass er eigentlich eine lange Rede vorbereitet hatte. Es sei sehr viel gesprochen, gelesen und gehört worden. Er berichtet, dass es nach der heutigen Entscheidung, egal wie sie ausfalle, 50 % enttäuschte und 50 % glückliche hier anwesende Menschen geben werde. RH Gori vermutet, dass er aber nicht wisse, was die heutigen Kinder in der Stadt, allerdings in 10 bis 20 Jahren sagen würden, wenn sie auf die heutige Ratssitzung zurückblicken. Es sei zu überlegen, dass es nicht um die Politik und die Ratsmitglieder gehe, sondern um die Kinder die in Zukunft ein Abitur an der IGS machen wollen. Diese Kinder seien zu berücksichtigen.

BG Lüttjohann berichtet, dass es viele Seiten der Diskussion geben und dass es wirklich um die Kinder der Stadt gehe. Seine Kinder seien ordentliche Erwachsene, auch durch den Besuch der hervorragenden Rotenburger Schulen, geworden. Das dreigliedrige Schulsystem habe Vor- und Nachteile, aber weltweit stehe Deutschland mit diesem mehr negativen Schulsystem alleine da. Das dreigliedrige Schulsystem basiere auf einem dreiklassigen Gesellschaftssystem aus dem 19. Jahrhundert und heute sei man viel weiter. Die frühe Selektion der Kinder im dreigliedrigen Schulsystem sei schlecht und unterstütze den Elterneinfluss, der nicht immer für die ordentliche Entwicklung der Kinder gut sei. Sein Dank ergehe an Herrn Thiemer für die bisher geleistete Arbeit. BG Lüttjohann berichtet, dass die CDU/Freie Wähler-Fraktion sich klar gegen die Förderung von Kindern richte und dass dies nicht gut und richtig sei.

Bgm Weber spricht abschließend folgende Worte: „Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, zusammenfassen wollte ich jetzt eigentlich nicht, sondern ich wollte noch einmal abschließend, und ich glaube das ist nochmal wichtig, auf die einzelnen Argumente eingehen die hier gesagt worden sind, um den ein oder anderen doch noch mal anzuregen nochmal in sich zu gehen, weil wir jetzt eine ganz wichtige, schwerwiegende Entscheidung für unsere Schulwelt hier in Rotenburg schaffen. Und ich bin Uwe Lüttjohann unheimlich dankbar dafür, wie er es formuliert hat, allen Schulleitungen und ebenso allen Lehrkräften, hier in Rotenburg ganz herzlich zu danken, für diese tolle Arbeit, die hier geleistet wird und wer einmal in einer Schule gearbeitet hat und dort als Unterrichtender gestanden hat, der kann das nachvollziehen, was das für ein Problem tatsächlich ist und deswegen sage ich von hier aus nochmal in Richtung aller Schulen, auch der Grundschulen, hier ein ganz, ganz herzliches Dankeschön. Aber vielleicht bei dem ein oder anderen Argument, lieber Volker Emshoff, das fand ich ganz toll das du hier so frei vorgetragen hast und du hast zweierlei Dinge gesagt, nämlich, dass du einmal mit der Schulleiterin vom Ratsgymnasium gesprochen hast und du hast auch mit dem Schulleiter von der BBS gesprochen. Ich bitte dich nur zu bedenken, bei der Abstimmung; es gibt auch einen Schulvorstand unserer Gesamtschule, der ein ganz klares Votum abgegeben hat und ich hoffe du hast dich mit denen auch unterhalten, und dann ist es plötzlich nicht mehr so einfach, dann eine Meinung, auf diese Argumente abzustützen. Herr Holsten, inhaltlich kann ich mich mit den Argumenten nicht auseinandersetzen, weil ich das Gefühl habe, da war nichts, was Sie gesagt haben. Ich will aber zu Herrn Dr. Rinck etwas sagen, denn ich habe etwas von Ideologie und solchen Dingen gehört, und inhaltlich war das nichts. Herr Dr. Rinck 95 Integrierte Gesamtschulen

haben Sie angesprochen und davon sind nur 47 gymnasiale Oberstufen vorhanden. Wenn man so ein intelligenter Mensch ist, wie Sie es sind, dann wissen Sie auch, dass Sie mit Zahlen operieren die hier nicht vergleichbar sind und dann müssen Sie auch dazusagen, dass von den 47 gymnasialen Oberstufen, Rotenburg beispielsweise, mit dabei ist, die auf dem Weg zu einer gymnasialen Oberstufe und ebenso als gymnasiale, als eine solche Integrierte Gesamtschule, gezählt wird, wie viele andere auch und vor allen die dann mit Gesamtschulen zusammenarbeiten, das ist für mich Fakt und die haben wir hier nicht an diesem Ort, das eine Zusammenarbeit geht. Das ist die Auskunft der Landesschulbehörde und darauf muss ich mich verlassen können, dass keine mit einem Gymnasium dann zusammenarbeitet. Wenn Sie die Presse mal aktuell verfolgt haben, gibt es ein neues Modell für Zeven, dass sie zum ersten Mal vorschlagen mit einer BBS zusammenarbeiten zu wollen, wo von vornherein schon gesagt worden ist, es sei überaus problematisch, sowas überhaupt zu realisieren. Da frage ich Sie, mit wem soll die IGS dann eigentlich zusammenarbeiten, wenn sie die Oberstufe des Gymnasiums aufgrund von unterschiedlichen pädagogischen Prinzipis nicht hineingehen kann und auf der anderen Seite mit den Berufsbildenden Schulen auch nicht so kooperieren kann mit einer Oberstufe mit wem dann. Also insofern, wenn Sie das so genau wissen, dass diese Zahlen anders zu verstehen sind, dann bitte ich Sie, die auch zukünftig anders dazustellen. Sie haben davon gesprochen, dass vor allem in Großstädten Braunschweig, Göttingen, haben Sie angeführt, dass dort solche Gesamtschulen sind. Sie lassen ganz bewusst Lilienthal, Osterholz-Scharmbeck und Oyten weg, die ganz bei uns in der Nähe sind. Beispielsweise mit Lilienthal, mit dem CDU-Bürgermeister habe ich gesprochen, der direkt neben dem Gymnasium am Schoofmoor, seine Schule hat, seine IGS dort hat. Der berichtete, dass die Oberstufen ganz hervorragend miteinander arbeiten und dass eine ganz ausgezeichnete Kooperation da ist, die die Vielfalt auch sicherstellt. Und da brachten Sie zwei Beispiele, wo Qualitätsverluste im Ratsgymnasium da seien. Physik und Spanisch und da habe ich einmal zu unseren Lehrerinnen und zur Schulleitung rübergeschaut, die alle so ein bisschen gelächelt haben. Meinen Sie denn, dass an der IGS an der Oberstufe kein Spanisch- und Physikleistungskurs stattfinden kann, dass man da kooperieren kann miteinander? Das ist genau das, was wir mit den Schulleitungen besprochen haben, da wird es kein Defizit dementsprechend geben. Und was die Kosten angeht, da will ich auch Ihnen nochmal sagen: Die IGS hat eben keine außergewöhnlichen Kosten produziert, sondern wir haben Jahrgang für Jahrgang sukzessive an der Schule gebaut und haben die Substanz erhalten, kostenschonend, die wir noch weiterhin nutzen konnten. Wie beispielsweise die beiden Aulen, die wir nutzen konnten, Lehrerzimmer die wir nutzen konnten, auch Klassenräume, die wir nutzen konnten, die beispielsweise in der 5. Klassestufe auch erhalten geblieben sind. Und wir haben insgesamt ungefähr 11 Mio. Euro ausgegeben, für fast die gesamte Schule, die jetzt fast fertig ist. Und so wie ich weiß, hat der Kreistag und da haben sie wahrscheinlich auch zugestimmt, dass das Gymnasium in Bremervörde 30 Mio. Euro kostet, also annähernd, ich sag mal, das doppelte und die BBS soll ebenso 30 Mio. Euro kosten, das man dem so auch zugestimmt hat und da frage ich mich: Wo ist da die Gerechtigkeit, wenn Sie als verantwortlicher Schulträger, hier in Rotenburg, bei 11,4 Mio. Euro jammern? Das möchte ich ausdrücklich dazu sagen. Herr Kohlmeyer, ich möchte Ihnen da noch ein Stückchen ins Gewissen reden und ich fand das auch sehr positiv, dass sie uns auch inhaltlich gefolgt sind und sagen: „Die IGS leistet etwas Hervorragendes.“. Und dass Sie eigentlich nur einen Grund haben, dass Sie heute noch nicht zustimmen können und da kann ich Ihnen sagen: „Sie können zustimmen.“. Mit der Argumentation die Sie vorhin gebracht hatten, können Sie heute zustimmen. Denn ich habe es Ihnen ausdrücklich gesagt. Daraufhin sagten Sie, Sie würden das nicht so richtig glauben. Und da kann ich nur sagen, also, wenn wir als Stadtverwaltung, mit unserem Bauamtsleiter, Ihnen sagen, mit Abstimmung mit der Schulleitung, dass die gesamte Oberstufe im A-Trakt untergebracht werden kann, wo ich ihnen auch nochmal gesagt habe, dass die Größe der Räume ausreichend ist und da nicht mehr gemacht werden muss, außer das was man eigentlich immer in einer Schule machen muss. Dann glaube ich gehen Sie konform, dass da auch mal ein „Pott“ Farbe rein muss und eine Tafel rein muss, dass man mit einem White Board dann arbeiten kann und nicht mehr mit Kreide arbeiten muss. Und das sind Dinge, die wir in die Kosten miteinberechnet haben, ja sogar, dass wir noch drei Whiteboards noch über haben momentan, die wir da auch noch reinbringen können, selbst das haben wir mit einberechnet. Und die weiteren Dinge die ggf. 2020, 2021, 2022 erforderlich sein werden, für die Sanierung unserer Fachräume, die auch

erforderlich sind, nicht für die Oberstufe, sondern für die IGS insgesamt erforderlich sind, die haben wir auch schätzungsweise einmal angegeben. Dieses ist im Haushalt drin und ich kann ihnen eines sagen, dass wir ihnen im September einen Haushalt vorlegen müssen, wo einige und das habe ich ihnen allen erklärt, einige Parameter zu dem Zeitpunkt unklar waren, die sich jetzt geklärt haben. Herr Schenckenberg, das habe ich ihnen erklärt in der Arbeitsgruppensitzung und ich hoffe, dass das auch in der Gruppe so weitergegeben worden ist und ich habe ihnen auch die Papiere dazugegeben, sodass das nachvollziehbar ist. Und dass der Haushalt schon im September eingereicht worden ist, Herr Kohlmeyer, das war ihre Forderung, dass sie den früher schon haben wollten und deswegen muss ich ehrlich und offen damit umgehen, dass ich ihnen zu diesem Zeitpunkt sagen muss, wenn ich die Parameter nicht habe, kann ich nicht positiver rechnen, sondern muss sagen das man abwarten muss. Das haben wir getan und in der Zwischenzeit haben wir von diesen 1,8 Mio. Euro Defizit schon ungefähr 1,4 Mio. Euro davon reduzieren können, sodass insgesamt nur noch der kleine Rest da ist. Und da kann ich ihnen sagen, dass schaffen wir diesen Haushalt auszugleichen, das wir mit einer schwarzen Null daraus kommen und das beziehen sie bitte in ihre Entscheidung heute mit ein, dass ich das hier öffentlich bekannt habe und wenn das ihre einzige Argumentation ist, dann können sie gegen eine IGS nicht mehr stimmen und deswegen finde ich ist es auch richtig, das jetzt heute auch eine geheime Abstimmung gemacht wird, damit jeder auch tatsächlich, vor sich selbst vor seinen eigenen Kindern und ggf. auch Enkelkindern, das begründen kann, was er heute abgestimmt hat. Das will ich ausdrücklich sagen. Denn Sie werden ggf. eines Tages selbst in die Verlegenheit kommen, dass Ihre Kinder Ihnen diese Frage auch stellen. Und das sage ich aus guter Erfahrung. Hören Sie bitte zu BG Kohlmeyer, das sage ich bestimmt nicht nur Ihnen. Das sage ich aus eigener Erfahrung, weil ich selbst die Situation erlebt habe, wo eine Integrierte Gesamtschule Kindern, Familien helfen können, eine Zukunft für ein Kind weiter aufzubauen, das dann in der Zukunft gut arbeiten kann und gute Leistungen zeigen kann und dafür ist es erforderlich, dass wir solch ein System auch weiterdenken und wenn ich jetzt nochmal auf meine Rede von ganz am Anfang zurückkomme, das jetzt auch der Motor installiert wird. Wenn das nicht passiert, ich kann ihnen eins sagen, wenn sie heute sagen, dass es in zwei oder drei Jahren ggf. passiert. Das wird nicht mehr kommen. Heute oder gar nicht, das kann ich Ihnen sagen. Denn Ihre Meinung, wird sich da diesbezüglich nicht ändern, ich kann ihnen nur sagen das Argument, was sie hier vorgebracht haben, das ist hier öffentlich widerlegt worden und wenn das das einzige Argument wirklich sein sollte, dann müssten sie sich zumindest enthalten. Herzlichen Dank.“

Vors. Leefers stellt fest, dass der Antrag von RF Grafe auf geheimer Abstimmung seitens der gesamten SPD-Fraktion unterstützt wird und deswegen das Quorum an 12 Befürwortern erfüllt ist.

Gegen diese Feststellung regt sich aus Reihen der Ratsmitglieder kein Widerstand.

Er erklärt das Abstimmungsverfahren und schlägt als Stimmauszählerinnen RF Berg und RF Disterhof vor.

Gegen diesen Vorschlag regt sich aus Reihen der Ratsmitglieder kein Widerstand.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) lehnt die Errichtung einer Oberstufe an der Integrierten Gesamtschule (IGS) Rotenburg zum Schuljahresbeginn 2020/2021 mit 16 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ab.

TOP 7 Berufung eines hinzugewählten Mitgliedes in den Finanzausschuss

VorlNr.
0456/2016-2021

Beschluss:

Der Rat stellt einstimmig folgende Besetzung im Finanzausschuss fest: Herr Dr. Markus Wendt

TOP 8 **Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachaus-** VorlNr.
schüsse:

TOP 8.1 **Mitgliedschaft im Verein "Initiative CO2-Abgabe e. V.;" Ratsan-** VorlNr.
trag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.09.2018 0462/2016-2021

Beschluss:

Der Rat verweist den Ratsantrag „Mitgliedschaft im Verein „Initiative CO2-Abgabe e. V.““ von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.09.2018 einstimmig in den nächsten Umweltausschuss.

TOP 8.2 **Umwandlung des Grantplatzes in einen Winterrasenplatz, An-** VorlNr.
trag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.09.2018 0464/2016-2021

Beschluss:

Der Rat verweist den Ratsantrag: „Umwandlung des Grantplatzes in einen Winterrasenplatz“ der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.09.2018 einstimmig in den nächsten Sportausschuss.

TOP 8.3 **Kauf von Flächen der Bundesrepublik Deutschland; Antrag** VorlNr.
der FDP vom 16.10.2018 0474/2016-2021

Beschluss:

Der Rat verweist den Ratsantrag: „Kauf von Flächen der Bundesrepublik Deutschland“ von der FDP vom 16.10.2018 einstimmig in den nächsten Ausschuss für Planung und Hochbau.

Um 22.55 Uhr schließt Vors. Leefers den öffentlichen Teil der Ratssitzung.

TOP 9 **Mitteilungen und Anfragen** VorlNr.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.